



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2009

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2009

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	5
3. Justizreformen	11
4. Justizverwaltung	16
5. Anwaltspatente	18
6. Rechtsagentenpatente	18
Anhang: Statistik	19
I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	19
II. Kreisgerichte	34
1. Übersichten (Januar bis Mai)	34
2. Übersichten (Juni bis Dezember)	37
2. Zivilsachen	40
3. Strafsachen	48
4. Verschiedenes	50
5. Weiterzüge	50
III. Vermittlerämter	51
IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	53
V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse	54
VI. Schlichtungsstellen für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz	55
Kassationsgericht	56
Verwaltungsgericht	58
1. Verwaltungsgericht	58
2. Versicherungsgericht	63
3. Verwaltungsrekurskommission	67

**Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über
die Amtsführung im Jahr 2009.

St.Gallen, im Februar 2010

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Der Präsident:
lic.iur. Martin Baumann

Der Generalsekretär:
Fürsprecher Michael Balmelli

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Als Nachfolgerin für die ans Schweizerische Bundesgericht gewählte Kantonsrichterin Dr. Martha Niquille wurde Dr. Beatrice Uffer gewählt. Sie trat ihr Amt am 1. Juni 2009 an. Die fünfmonatige Vakanz konnte mit Alt-Kantonsrichter Leo Lorenzi als ausserordentlichen Ersatzrichter lückenlos überbrückt werden.

b) Kreisgerichte

Auf Ende der Amtsdauer der Kreisgerichte per 31. Mai 2009 sind drei langjährige Gerichtspräsidenten bzw. Gerichtspräsidentinnen von ihrem Amt zurückgetreten. Paul Schlegel wurde 1979 zum Gerichtspräsidenten am Bezirksgericht Werdenberg (später Kreisgericht Werdenberg-Sargans) gewählt, er war damals und bis 1995 auch Mitglied des Grossen Rates, eine Kombination, die heute nicht mehr möglich ist. Ursula Affolter wurde im Jahr 2000 als Gerichtspräsidentin und Haftrichterin ins Bezirksgericht Gaster-See (später Kreisgericht Gaster-See) gewählt. Auch die Wahl von Brigitta Vogel als Gerichtspräsidentin und Haftrichterin am Bezirksgericht bzw. Kreisgericht St.Gallen erfolgte im Jahr 2000.

2. Geschäftslast

a) Allgemeines

Verschiedene unter Leitung des Kantonsgerichtes entwickelte Arbeitsinstrumente erlauben eine differenziertere und damit aussagekräftigere Beurteilung der Geschäftslast der st.gallischen Justiz. Die statistischen Angaben erfolgen daher auf der Grundlage der in den letzten Amtsberichten gemachten Ausführungen.

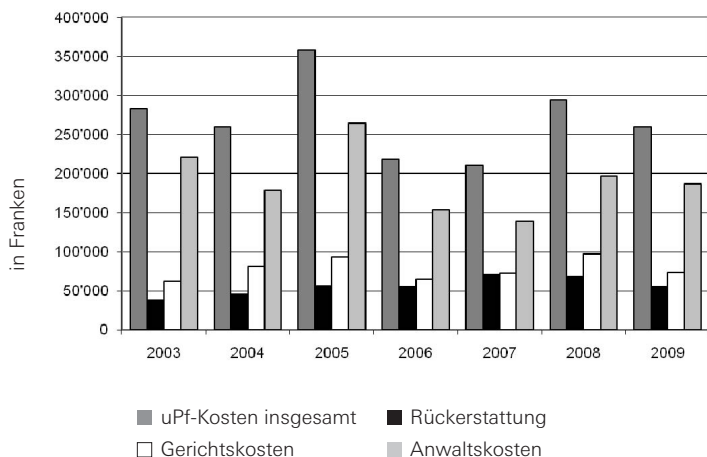
b) Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Die Gesamtzahl der Neueingänge ist um 102 auf 1813 Fälle gestiegen (Vorjahr 1711). Nachdem die Eingänge in den Jahren 2005 bis 2007 rückläufig waren, wurde wieder das Niveau früherer Jahre erreicht, was sich auf die Pendenzen auswirkte (516 [Vorjahr 429]). Waren die Berufungen in Zivilsachen im Vorjahr leicht rückläufig, haben diese wieder zugenommen. Die Klagen beim Handelsgericht sind weiter angestiegen. Gegenüber dem Jahr 2007 (47; 2008: 66) ergibt sich eine Zunahme der Klagen um rund 80 Prozent. Markant gestiegen sind auch die Präsidialfälle beim Handelsgericht, was mit dem neuen Art. 731b OR zusammenhängt, wonach der Richter eine Gesellschaft bei Mängeln in der Organisation (z.B. fehlender Verwaltungsrat, fehlende Revisionsstelle) nicht nur auflösen, sondern auch ihre Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen kann. Diese neue Kompetenz hat beim Handelsgericht wie schon im Vorjahr zu einem erneut starken Anstieg der Summarverfahren geführt. Um auch einen noch weiteren Anstieg dieser Verfahren, mit dem zu rechnen ist, bewältigen zu können, werden personelle Massnahmen geprüft. Die Fallzahlen bei der I. Zivilkammer blieben konstant (20 [2008: 19]). Bei der II. Zivilkammer liegen die Kammerfälle (39) leicht unter dem Mittel der letzten beiden Jahre (2007: 41, 2008: 46). Hingegen haben die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung (110) weiter markant zugenommen, was im Vergleich zum Jahr 2007 einem Anstieg von rund 40 Prozent entspricht. Bei der III. Zivilkammer entspricht die Zunahme der Fälle des Kollegialgerichts mit 91 Eingängen einer Zunahme um rund 50 Prozent (gegenüber 2008) bzw. um rund 20 Prozent (gegenüber 2007). Dagegen sind die Präsidialfälle (85) noch weiter zurückgegangen (2008: 104, 2007: 119). In der Strafkammer sind die Eingänge (128 Kollegialfälle/38 Präsidialfälle) insgesamt tiefer als im Vorjahr (2008: 148/67; 2007: 155/58). Deutlich zugenommen haben die Eingänge (48) im Vergleich zu den Vorjahren (2008: 30, 2007: 27) bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister. Die Falleingänge beim Einzelrichter für Rekurse ZGB (16 [Vorjahr 24]) und dem Einzelrichter für Rekurse OR (29 [Vorjahr 41]) sind rückläufig, während beim Einzelrichter Rekurse SchKG (72 [Vorjahr 63]) eine Zunahme erfolgte. Die Rekurse in Familien-

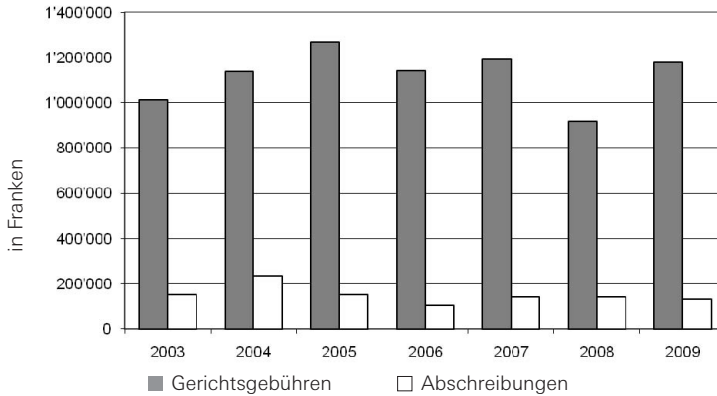
sachen haben mit 102 Eingängen durch die Zulassung des Rekurses bei vorsorglichen Massnahmen gegenüber dem Vorjahr (81) stark zugenommen. Wiederum deutlich angestiegen sind die Falleingänge bei der Anklagekammer (393 [2008: 372, 2007: 331]); die technischen Überwachungsmassnahmen (131 [Vorjahr 128]) sind unverändert hoch geblieben. Bei der Anwaltskammer sind gegenüber dem Vorjahr (23) mehr Fälle eingegangen (29). Neben den Entscheiden und verfahrensleitenden Verfügungen, welche in der Fallstatistik erfasst werden, gibt es eine Vielzahl kleinerer Verfügungen (Sistierungen, etc.), die nicht als Fälle erfasst und ausgewiesen werden.

Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung entsprechen dem Ergebnis des Vorjahres (147). Mehr als 70 Prozent der Gesuche (110) betreffen Verfahren in Familiensachen. Die Abrechnung der insgesamt bewilligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr tiefere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wird eine angemessene Rückerstattung sichergestellt.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2009 (GVP) verwiesen.

c) Geschäftslast Kreisgerichte und Schlichtungsbehörden

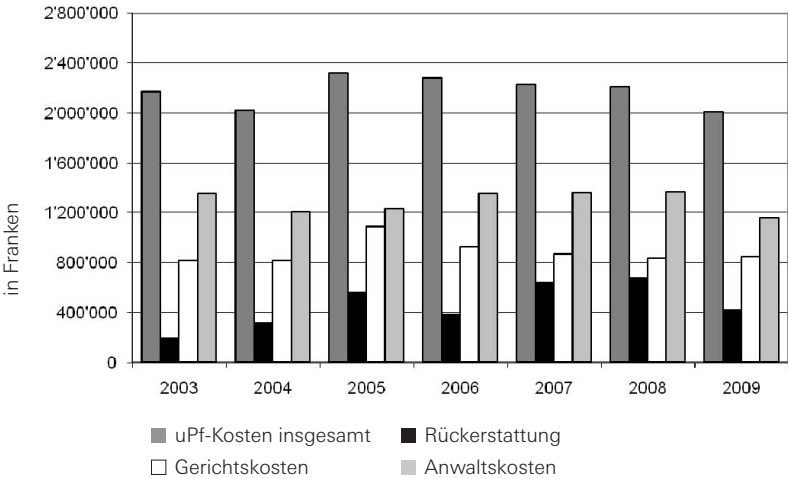
Im Rahmen der Justizreform wurden bekanntlich die bisherigen acht Kreisgerichte neu in noch sieben Kreisgerichte überführt. Die Geschäftslast der Gesamtheit der neuen Kreisgerichte bleibt auch weiterhin vergleichbar mit den Gesamtergebnissen früherer Jahre. Hingegen können die einzelnen Kreisgerichte aufgrund der veränderten Gebietsstrukturen (mit zwei Ausnahmen: Kreisgerichte See-Gaster, Werdenberg-Sarganserland) nicht mehr ohne Weiteres mit den früheren Kreisgerichten verglichen werden.

Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle hat gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent zugenommen (12993 [Vorjahr 12319]). Nachdem seit dem Jahr 2005 (13767 [2008: 12319]) die Eingänge der Kreisgerichte bis zu 10 Prozent zurückgegangen waren, ist damit erstmals wieder ein Anstieg zu vermelden. Dem entspricht bei den Kollegialgerichtsfällen (1040) ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr (939) von rund 10 Prozent, bei den Einzelrichtergefällen (10615) gegenüber dem Vorjahr (10085) von rund 5 Prozent, je ohne Ehescheidungen/-trennungen. Diese haben mit 1338 Falleingängen im Vergleich zum Vorjahr (1295) leicht und im Vergleich zum Jahr 2007 um rund 10 Prozent zugenommen. Die Zahl der Kollegialfälle in Zivilsachen (ohne Ehescheidungen/-trennungen) ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (658 gegenüber 492: über 30 Prozent), ebenso haben die Kollegialfälle in Strafsachen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr zugenommen (270 gegenüber 218: über 20 Prozent).

Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung haben mit 1405 [Vorjahr 1341]) insgesamt zugenommen. Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die

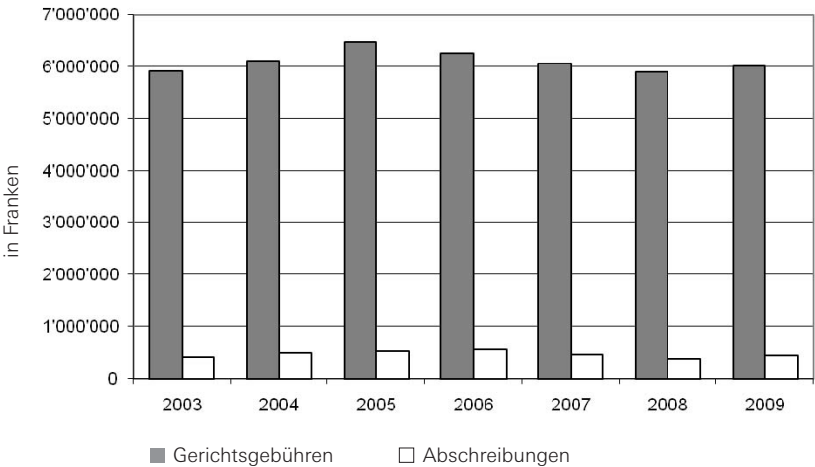
(erfolgreichen) Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung festzuhalten.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Die Fallentwicklung schlägt sich auch in den gesprochenen Gebühren nieder. Die Abschreibungen nicht eintreibbarer Gerichtsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



Wie bisher schon bei Miet- und Pachtsachen muss neu auch in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten vor einer Klage beim Gericht eine Einigungsverhandlung vor einer spezialisierten, paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsstelle stattfinden. In jenen arbeitsrechtlichen Fällen, in denen keine Einigung erzielt werden kann und Klage beim Kreisgericht erhoben wird, findet weiterhin bis zum Streitwert von Fr. 30 000.– aufgrund des Bundesrechts ein einfaches und rasches gerichtliches Verfahren statt. Wie weit diese Änderung der Zuständigkeiten zu einer effektiven Verlagerung der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten auf die Schlichtungsstelle führt, das heisst, wieviele Fälle in Zukunft durch Einigung aussergerichtlich erledigt werden und die Gerichte nicht mehr belasten, kann nach sieben Monaten noch nicht verlässlich beurteilt werden.

Die Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse erzielten bei rund einem Drittel der 1640 zu behandelnden Fällen eine Einigung (562 Fälle). Die Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse konnten in ihren ersten sieben Monaten bei 381 neu eingegangenen Fällen in 140 Fällen eine Einigung erreichen, was ebenfalls rund einem Drittel aller Fälle entspricht. Die Gesamtzahl der Fall-eingänge bei den Vermittlern (2648) liegt auf dem Niveau des Vorjahres (2693). In 814 Fällen konnte im Berichtsjahr (Vorjahr 844) ein Vergleich bzw. ein Klage-rückzug oder eine Klageanerkennung anlässlich des Vermittlungsvorstandes erwirkt werden.

d) Verfahrensdauern

Nachstehend werden die Verfahrensdauern, beschränkt auf die gewichtigeren Verfahren des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte, dargestellt (zur allgemeinen Erläuterung siehe Amtsbericht 2006, S. 10 ff.).

aa) Kantonsgericht

Wie schon im Vorjahr konnte fast die Hälfte aller Verfahren innert sechs Monaten erledigt werden. Rund drei Viertel der Fälle wurde innert eines Jahres erledigt.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Kammer)	31	9	13	2	3	4
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Präsident)	11	4	1	–	–	–
Berufungen Zivilrecht II. ZK (Zuständigkeit Kammer)	30	9	6	2	–	2
Eheschutz II. ZK (Zuständigkeit Einzelrichter)	56	5	1	1	–	2
Prozesse Handelsgericht (Zuständigkeit Gericht)	18	14	8	12	6	16
Vorsorgliche Massnahmen Handels- gericht (Zuständigkeit Präsident)	11	–	1	–	1	–
Berufungen Strafrecht SK (Zuständigkeit Kammer)	24	20	17	13	15	12
In Prozenten	48%	16%	12%	8%	7%	9%

bb) Kreisgerichte

Fast zwei Drittel aller Fälle konnten innert sechs Monaten und über 85 Prozent aller Fälle konnten innert eines Jahres erledigt werden.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgericht)	266	97	49	43	27	147
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgerichtspräsident [im einfachen Verfahren])	404	67	26	5	5	20
Ehescheidungen/-trennungen (Zuständigkeit Gericht/Fam'Richter) . .	756	235	124	70	39	91
Eheschutz (Zuständigkeit Einzelrichter)	560	54	17	12	6	9
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Gericht)	110	35	17	18	5	10
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Einzelrichter)	177	53	35	10	5	7
In Prozenten	63%	16%	7%	4%	2%	8%

3. Justizreformen

a) Umsetzung

Die vom Kantonsrat Ende 2007 verabschiedete und vom Volk in der Referendumsabstimmung vom 1. Juni 2008 angenommene Justizreform (IV. Nachtrag zum Gerichtsgesetz) bedingte bereits im Jahr 2008 umfangreiche Vorbereitungsarbeiten, damit eine zeit- und sachgerechte Umsetzung per 1. Juni 2009 gewährleistet werden konnte. Der Umstand, dass die Umsetzung mit dem Beginn der neuen Amtsperiode der Kreisgerichte (2009/2015) zusammenfiel und die neuen Strukturen deshalb zwingend auf diesen Zeitpunkt hin stehen mussten, stellte für das Kantonsgericht und die Kreisgerichte vor allem in zeitlicher Hinsicht eine grosse Herausforderung dar.

Nachdem Ende 2008 die Wahl sämtlicher Richter der neuen Kreisgerichte zustande gekommen war, konnten die Kreisgerichte daran gehen, in den verbleibenden Monaten ab Januar bis Mai ihre Konstituierung vorzunehmen. Da mit der Justizreform nicht nur eine Angleichung der Gebietsstrukturen an die Wahlkreise angestrebt, sondern auch eine Entflechtung der richterlichen Funktionen angestrebt und eine neue Kategorie von Kreisrichtern und Kreisrichterinnen geschaffen wurde, mussten die zum Teil völlig neu zusammengesetzten Kreisgerichte bei ihrer Konstituierung neue Wege beschreiten. Insbesondere war es die Aufgabe des Kreisgerichts, im Rahmen des vom Kantonsgericht vorgegebenen Stellenplans den Beschäftigungsgrad der einzelnen Richter und Richterinnen sowie deren Tätigkeitsgebiet zu bestimmen. Dabei mussten aus der Mitte der fest angestellten Richter und Richterinnen das Vizepräsidium des Kreisgerichtes (der Kreisgerichtspräsident wird als einziger direkt als solcher gewählt), die Abteilungspräsidien, die Einzelrichter und Einzelrichterinnen sowie die Familienrichter und Familienrichterinnen bestimmt werden.

Auf den Beginn der neuen Amtsdauer hatten aber die Kreisgerichte nicht nur ihre eigene Konstituierung, sondern auch noch die Wahl der Schlichtungsbehörden in ihrem Kreis vorzunehmen. Bereits bisher wurde die Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse durch das Kreisgericht gewählt. Sowohl die neue Schlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse wie auch die neu in die kantonale Organisation überführten Vermittler und Vermittlerinnen mussten durch die Kreisgerichte gewählt werden. Die Wahl der Schlichtungsstelle für Klagen nach dem eidgenössischen Gleichstellungsgesetz erfolgte durch das Kantonsgericht.

Das Kantonsgericht dankt den Kreisgerichten für die geleistete Arbeit. Alle Kreisgerichte konnten auf den Beginn der neuen Amtsperiode ihre Arbeit aufnehmen. Es bedarf keiner besonderen Erläuterung, dass der Betrieb der Kreisgerichte vor allem in den letzten Wochen vor der Überführung der alten in die neuen Strukturen zum Teil sehr stark belastet war. Vor allem jene Gerichte, die auch noch mit grösseren Umzugsarbeiten beschäftigt waren, standen unter einem enormen Zeitdruck. An dieser Stelle darf ein ausdrücklicher Dank an das

kantonale Hochbauamt nicht unterbleiben, welches sämtliche Umzüge und die Einrichtung der Kreisgerichte mit grosser Professionalität und Dienstbereitschaft abwickelte. Auf die besondere räumliche Situation des Kreisgerichtes St.Gallen ist noch einzugehen (vgl. lit.c).

Das Kantonsgericht besuchte im Verlauf der zweiten Jahreshälfte sämtliche Kreisgerichte, um sich über den aktuellen Stand der Umsetzungsarbeiten orientieren zu lassen. Dabei zeigte sich ausnahmslos, dass trotz der für die einzelnen Gerichte mehr oder weniger grossen und über längere Zeit andauernden Belastungen unter den Richtern und Richterinnen und den übrigen Mitarbeitenden ein gutes persönliches Klima herrscht. Das Kantonsgericht durfte sich auch davon überzeugen, dass die Aufrechterhaltung des Gerichtsbetriebs in allen Kreisgerichten weitgehend gut gelungen war. Am neuen Kreisgericht Wil sind die durch die Justizreform verursachten Umwälzungen nicht spurlos vorübergegangen. Das Kreisgericht, welches sich zum Teil aus den früheren Kreisgerichten Altotgenburg-Wil sowie Untertoggenburg-Gossau zusammensetzt, hatte in geografischer, räumlicher und personeller Hinsicht die grössten Veränderungen durchzustehen. Das Kantonsgericht sah sich deshalb veranlasst, dem Kreisgericht Wil vorübergehend zusätzliche personelle Mittel zur Verfügung zu stellen.

b) Vorbereitungsarbeiten

Der Justiz ist vom Kantonsrat im Rahmen der Justizreform neu die Befugnis eingeräumt worden, durch Verordnung Vorschriften über Gebühren und andere Gerichtskosten, über Entschädigungen der nebenamtlichen Richter sowie über Entschädigungsansätze für Zeugen, Auskunftspersonen, Sachverständige und andere am Prozess mitwirkende Dritte zu erlassen. Auf den Beginn der Amtsdauer 2009/15 waren deshalb die bisherigen regierungsrätlichen Verordnungen aufzuheben und durch die neuen Vorschriften von Kantonsgericht und Verwaltungsgericht zu ersetzen. Damit die Kreisgerichte ihre eigene Konstituierung und die durch sie vorzunehmenden Wahlen der Schlichtungsbehörden wahrnehmen konnten, hatte das Kantonsgericht bereits Ende 2008 die Gerichtsordnung angepasst sowie eine (neue) Verordnung über die Schlichtungsbehörden erlassen. Im Berichtsjahr – vor dem Beginn der neuen Amtsperiode – haben Kantonsgericht und Verwaltungsgericht gemeinsam zudem einen Gerichtskostentarif sowie eine Verordnung über die Entschädigung der nebenamtlichen Richter und Richterinnen erlassen. In letzterer wird auch die Entschädigung der Mitglieder der Schlichtungsstellen sowie der Vermittler und Vermittlerinnen geregelt.

Zu reden unter den Richterinnen und Richtern der Kreisgerichte gab der Umstand, dass deren Lohneinreihung vom Kantonsgericht vorerst nur provisorisch vorgenommen werden konnte. Der Grund lag in den für alle Beteiligten engen Zeitverhältnissen, so dass der Kantonsrat trotz des zügigen Vorgehens auf allen vorgelagerten Ebenen die im Hinblick auf die neue Personalstruktur an den

Kreisgerichten vorzunehmende Anpassung der Besoldungsverordnung erst in der Aprilsession 2009 verabschieden konnte. Damit war es dem Kantonsgericht nicht möglich, auf den Beginn der Amtsperiode per 1. Juni 2009 eine sachgerechte definitive Lösung zu beschliessen. Dieses Zuwarten erfolgte aber nicht zuletzt im Interesse der betroffenen Richterinnen und Richter, um zu verhindern, dass vorschnell Lösungen statuiert wurden, die sich dann auf lange Sicht als nicht sachgerecht erweisen würden.

Zum gleichen Thema gehörte die Frage der Entschädigung der Mitglieder der Schlichtungsbehörden. Weil das Kantonsgericht die seit den 90-Jahren nie angepassten Entschädigungsansätze überprüfen wollte, erfolgte der Erlass der neuen Entschädigungsordnung zeitlich sehr knapp. Dies hatte wie bei den Kreisrichterinnen und Kreisrichtern zur Folge, dass die sich zur Wahl stellenden Mitglieder der Schlichtungsbehörden im Zeitpunkt ihrer Wahl den Rahmen ihrer künftigen Entschädigung nicht kannten.

c) Pendenzen

Auch wenn die Umsetzung der Justizreform im Grundsatz als gelungen gelten darf, bestehen verschiedene Pendenzen, welche das Kantonsgericht, die Kreisgerichte und die Schlichtungsbehörden noch beschäftigen werden.

Kreisgericht St.Gallen:

Der Gerichtskreis St.Gallen und damit das Kreisgericht sind insoweit in besonderem Mass betroffen, als bekanntlich der bisherige Gerichtskreis Untertoggenburg-Gossau aufgehoben und die «Region Gossau» entsprechend den Grenzen des Wahlkreises St.Gallen in den neuen Gerichtskreis St.Gallen integriert wurde. Durch die Aufhebung des Gerichtskreises Untertoggenburg-Gossau wurde ein Teil des Personals dieses Kreisgerichtes dem Kreisgericht St.Gallen zugeteilt. Es bestand immer die Auffassung, dass durch die Vergrößerung des Kreisgerichtes St.Gallen auch dessen räumliche Kapazitäten entsprechend angepasst werden müssen. Das Kreisgericht verfügt heute über zwei Standorte. Es ist allseits unbestritten, dass diese Situation auf Dauer nicht befriedigen kann.

Vor diesem Hintergrund haben Kantonsgericht, Kreisgericht und Hochbauamt in Koordination mit dem privaten Vermieter und der Stadt St.Gallen Massnahmen geprüft, welche eine Erweiterung der Liegenschaft «Bohl» (zusätzliche Büroräume) gebracht hätten. Das dafür vorgesehene Projekt fand aber schliesslich im Voranschlag 2010 keine Berücksichtigung.

Nachhaltige und dauerhafte Verbesserungen der räumlichen Situation des Kreisgerichtes können nur erzielt werden, wenn dieses an einem einzigen Standort untergebracht werden kann. Dies ist nicht nur aus betrieblich-organisatorischen Gründen zweckmässig, sondern erweist sich auch als publikumsfreundlich. Die entsprechenden Abklärungen sind im Rahmen der Überprüfung des gesamten Raumkonzepts der kantonalen Verwaltung derzeit im Gang, doch liegt es auf der Hand, dass der Zeithorizont bis zum Bezug eines neuen

Standortes ohne weiteres bis zu zehn Jahre umfassen kann. Kurz- und mittelfristige Verbesserungen könnten am Standort Bohl allenfalls durch das Zumieten und Umbauen weiterer Räumlichkeiten erzielt werden. Das Kantonsgericht wird dem Baudepartement das Begehren stellen, die betrieblichen Notwendigkeiten, die Raumbedürfnisse und die allfälligen finanziellen Folgen – auch unter Berücksichtigung eines allfälligen späteren neuen Standorts – erneut zu ermitteln und in den Voranschlag 2011 aufzunehmen.

Schlichtungsbehörden:

Unter Schlichtungsbehörden werden die Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse (eine pro Gerichtskreis), die Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse (eine pro Gerichtskreis) und die Vermittlerämter (maximal vier pro Gerichtskreis) verstanden. Dazu kommt die kantonale Schlichtungsstelle für Klagen nach dem eidgenössischen Gleichstellungsgesetz. Bei der Finanzierung der Schlichtungsbehörden bestehen nach wie vor Unsicherheiten, namentlich bei der Entschädigung der Sekretariate der Schlichtungsstellen. Das Besondere ist, dass die Sekretariate durch private Dritte besorgt werden können. Diese Dritte sind zum Teil Gemeinden, private Unternehmen oder die Sekretariate von Anwaltsbüros (z.B. eines Anwaltes, der als Präsident einer Schlichtungsstelle amtiert). Pauschalisierte Entschädigungen sollen den Verwaltungsaufwand gering halten. Die Kreisgerichte sind verpflichtet und berechtigt, die Sekretariate in ihrem Gerichtskreis zu bezeichnen. Wie die Erfahrung aber gezeigt hat, wird diese Kompetenz der Kreisgerichte «praktisch» in Frage gestellt, wenn die Kompetenz der Finanzierung beim Kantonsgericht liegt. Das Kantonsgericht wird deshalb zusammen mit den Kreisgerichten und den Schlichtungsstellen nach Lösungen suchen, welche eine über die Regionen hinaus gleiche Behandlung gewährleisten, namentlich einheitliche Entschädigungsansätze auch im Bereich der Sekretariate festschreibt.

Eine besondere Problematik betrifft die Vermittler und Vermittlerinnen. Diese besorgten in der Vergangenheit «ihr Sekretariat» selbst. Da die Vermittler und Vermittlerinnen im Rahmen der Justizreform von der Gemeinde- auf die kantonale Ebene überführt wurden, stellen sich Fragen bezüglich der Abgeltung, wenn und soweit die Vermittler bei ihrer Tätigkeit auf privater Infrastruktur basieren. Bei den Vermittlern stellt sich auch die Frage nach festen Anstellungen. Die Vermittler sollten gerade dadurch professionalisiert werden, dass sie mehr Fälle erledigen und sich dadurch eine «Berufserfahrung» aneignen können. Die zum Teil sehr hohen Fallzahlen werden aber für die einzelnen Vermittler und Vermittlerinnen zu einer beträchtlichen zeitlichen Belastung, so dass sich bei verschiedenen Vermittlerämtern die Frage nach fester Anstellung des Vermittlers oder der Vermittlerin stellen wird. Feste Anstellungen sind indessen deutlich teurer gegenüber einer Abgeltung nach Fallpauschalen.

Das Kantonsgericht wird in diesem Zusammenhang Kriterien festlegen, um die Kosten in den einzelnen Gerichtskreisen miteinander vergleichen und auf eine Einheitlichkeit hinwirken zu können.

d) Selbständige Justizverwaltung

Mit der Justizreform wird die Justiz künftig vermehrt auch im Bereich der Justizverwaltung als Dritte Staatsgewalt wahrgenommen werden. Die Justiz gewinnt damit nicht nur ein erhöhtes Mass an Unabhängigkeit, sondern wird damit auch stärker in die Verantwortung eingebunden. Dies zeigt sich auch in der Übernahme neuer Aufgaben: So führt beispielsweise neu das Kantonsgericht zentral die gesamte Personaladministration für alle Gerichte und Schlichtungsbehörden.

Das Kantonsgericht wird prüfen, welche Instrumente mit Blick auf ein «weiter reichendes Controlling auch in der Justiz» (so gemäss Botschaft zum IV.NG.z.GerG) künftig geschaffen werden können. Ziel wird sein, dem Kantonsrat als Oberaufsichtsbehörde eine bessere Überprüfung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit durch eine grössere Transparenz und Vergleichbarkeit zu ermöglichen.

4. Justizverwaltung

Die Gerichtsleitung des Kantonsgerichts war seit Ende 2007 bis zur Inkraftsetzung der Justizreform am 1. Juni 2009 schwergewichtig mit den Vorbereitungsarbeiten zu deren Umsetzung befasst. In der Folge standen und stehen verschiedene Nachbearbeitungen an, welche die Gerichtsleitung bis zum Ende des Berichtsjahres und auch darüber hinaus noch beschäftigen werden. Neben der Justizreform war das Kantonsgericht mit den üblichen eigenen Geschäften und mit seiner Aufsichtstätigkeit der unterstellten Einheiten befasst. Die Raumsituation des Kantonsgerichts ist schon seit Längerem prekär. Seit das Kantonsgericht im Zusammenhang mit der Justizreform neu die Zentralstelle für die personelle Rechnungsführung der gesamten Justiz führt, wurde die letzte Raumreserve aufgegeben. Dies wird jeweils dann praktisch bedeutsam, wenn in ausserordentlich aufwändigen Strafverfahren die damit verbundenen umfangreichen Aktenberge nicht mehr im Kantonsgericht untergebracht werden können: eine betrieblich höchst unbefriedigende Situation. Das Problem zeigt sich ferner auch dann, wenn aushilfsweise zusätzliches Personal platziert werden muss, und dies aufgrund der schon bestehenden Verdichtung der Arbeitsplätze jeweils kaum mehr möglich ist. Das Kantonsgericht hat das Hochbauamt schon seit Längerem auf diese Situation aufmerksam gemacht. Das Hochbauamt anerkennt die Situation des Kantonsgerichts und ist um Lösungen bemüht.

Die «St.Galler Schiedsordnung» des St.Gallischen Anwaltsverbandes sieht vor, dass die Schiedsrichter auf einer «festen Liste» geführt werden. Gemäss Schiedsordnung können darin auch erst- oder zweitinstanzliche Richter als Schiedsrichter aufgeführt werden. Das Kantonsgericht führte mit Blick auf Art. 40 Gerichtsgesetz mit der Rechtspflegekommission eine Aussprache mit dem Ziel einer einheitlichen Bewilligungspraxis (für die Mitglieder des Kantonsgerichts ist der Kantonsrat, für die Richter der Kreisgerichte das Kantonsgericht zuständig). Die Rechtspflegekommission kam zum Schluss, dass die private Schiedsgerichtstätigkeit die staatliche Tätigkeit an einem kantonalen oder Kreisgericht beeinträchtigen kann und beschloss, allfällige Anfragen von Mitgliedern kantonalen Gerichte zur Bewilligung der entsprechenden Nebenbeschäftigung abzulehnen. Sie lud das Kantonsgericht ein, in Bezug auf Mitglieder der Kreisgerichte gleich vorzugehen.

Sowohl die Schweizerische Strafprozessordnung wie auch die Schweizerische Zivilprozessordnung werden voraussichtlich per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden. Die Anpassung des kantonalen Rechts an das übergeordnete eidgenössische Recht ist in Bearbeitung. Gerichte, Staatsanwaltschaft und Anwaltschaft waren in entsprechenden Arbeitsgruppen unter der Leitung des kantonalen Sicherheits- und Justizdepartementes vertreten und wurden auch im Rahmen der vorberatenden Kommission des Kantonsrates angehört. Das neue eidgenössische Verfahrensrecht und die damit verbundene Anpassung

des kantonalen Rechts lösen einen komplexen Weiterbildungsbedarf der in der Justiz tätigen Organe aus. Zu diesem Zweck hat das Kantonsgericht je eine Arbeitsgruppe «Schweizerische Strafprozessordnung» und «Schweizerische Zivilprozessordnung» eingesetzt, wobei jede Arbeitsgruppe für ihren Bereich eine Weiterbildungsveranstaltung konzipieren und durchführen soll. Die Arbeitsgruppen setzen sich neben den Vertretern des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte auch aus Vertretern des Anwaltsverbandes und der Staatsanwaltschaft zusammen. Abgesehen von der Weiterbildung lösen verschiedene weitere Bereiche («Protokollierung», «Verfahrensdokumente», «Elektronischer Rechtsverkehr», «Zwangsmassnahmengericht», «Anpassung Gerichtsordnung, ev. weiterer Erlasse» und «Neue Zuständigkeiten Anklagekammer») in prozessualer, organisatorischer und technischer Hinsicht einen weitergehenden Handlungsbedarf aus. Das Kantonsgericht hat eine Projektorganisation aufgestellt und wird auch hier Arbeitsgruppen einsetzen, welche die Umsetzung in den einzelnen Bereichen begleiten werden. Ferner nahm das Kantonsgericht im Berichtsjahr zu verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Vernehmlassungen Stellung.

5. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 42 Bewerberinnen und Bewerber:

lic. iur. Christina Angst
lic. iur. Philip Baumgartner
M.A. HSG in Law Ruth Biber
MLaw Daniel Burgermeister
lic. iur. Patricia Buschor
Dr. iur. Linus Cantieni
MLaw Petra Egger
lic. iur. Luzia Engler
M.A. HSG in Law Sven Fischer
lic. iur. Karin Frick
lic. iur. Denise Galbier Fischer
lic. iur., lic. oec. Olivier Gigon
lic. iur. Erika Gödersmann
M.A. HSG in Law Dominic Görg
lic. iur. Titus Gunzenreiner
Dr. iur. Daniel Häusermann
Dr. iur. David Henry
M.A. HSG in Law Stephan Jau
lic. iur. Philipp Juchli
lic. iur. Christoph Kägi
lic. iur. Martin A. Kessler

Dr. iur. Georg Kramer
lic. iur. Marcel Kuhn
M.A. HSG in Law Alexander Locher
lic. iur. Marco Loosli
lic. iur. Peter Meier
MLaw Dagmar Meyer
lic. iur. André Müller
M.A. HSG in Law Frederik Müller
lic. iur. Lukas Müller
Dr. iur. Claudia Oesch
M.A. HSG in Law Judith Raymann
M.A. HSG in Law Stefan Rieder
lic. iur. Sabrina Schai
MLaw Roman Schmidlin
MLaw Mathias Schneider
MLaw Anja Scholz
MLaw Daniela Senn
MLaw Thomas Stössel
lic. iur. Jasmin Strassmann
lic. iur. Tania Sutter
Dr. iur. Beatrix Zahner

6. Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 14 Bewerberinnen und Bewerber:

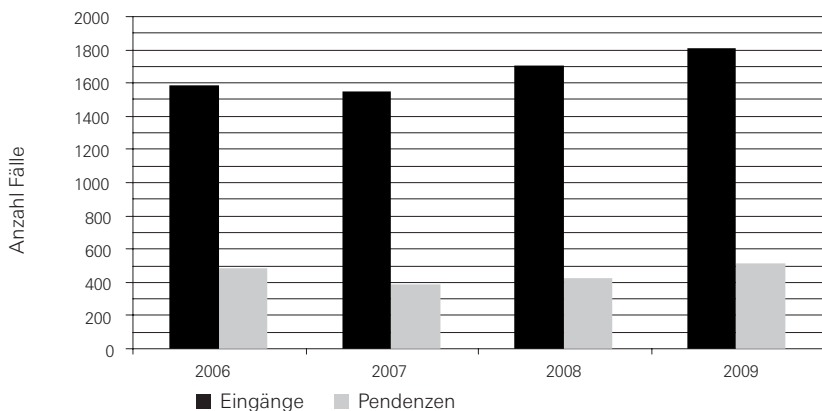
Sven Baumann
Ursula Bleiker
Jörg Brassel
Manuela Bürki
Rebecca Dietschweiler
Manuela Eisenring
Jörg Frei

Sandra Graf
Cornelia Keller
Gian Matossi
Peter Neuweiler
Verena Schnider
Martina Stark
Francesca Toniolo

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Gesamtübersicht²

	Eingänge in den Vorjahren			Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Erledigt 2009	Pendent Ende 2009
	2006	2007	2008					
I. Zivilkammer	26	17	21	9	20	29	17	12
II. Zivilkammer	216	174	193	44	214	258	209	48
III. Zivilkammer	159	175	161	51	176	227	146	81
Strafkammer	192	213	215	110	166	276	159	117
Handelsgericht	118	105	185	113	278	391	252	139
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	30	27	30	3	48	51	42	9
Anklagekammer	334	331	372	38	393	431	378	53
Anwaltskammer	21	32	23	7	29	36	31	5
Einzelrichter für Rekurse:								
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	27	26	24	10	16	26	21	5
– in Familiensachen	64	67	81	19	102	121	103	18
– im Obligationenrecht	31	45	41	4	29	33	31	2
– im SchKG-Verfahren	78	67	63	5	72	77	64	13
Einzelrichter R'hilfe u. Schiedsgericht	234	222	253	16	231	247	234	13
Kantonsgerichtspräsident	56	51	49	–	39	39	38	1
	1586	1552	1711	429	1813	2242	1725	516



1 Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2 lit. a

2 Ohne administrative und aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (s. Anwaltskammer); gilt auch betreffend die Vorjahre.

Pendente Fälle

Pendente Fälle	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2006 oder früher	2007	2008	2009
I. Zivilkammer	12	–	–	2	10
II. Zivilkammer	48	1	–	2	45
III. Zivilkammer	81	2	1	9	69
Strafkammer	117	–	–	29	88
Handelsgericht	139	4	2	17	116
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	9	–	–	–	9
Anklagekammer	53	–	1	1	51
Anwaltskammer ³	5	–	1	2	2
Einzelrichter für Rekurse:					
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	5	–	–	–	5
– in Familiensachen	18	–	–	1	17
– im Obligationenrecht	2	–	–	–	2
– im SchKG-Verfahren	13	–	–	–	13
Einzelrichter Rechtshilfe u. Schiedsgericht ⁴	13	–	–	–	13
Kantonsgerichtspräsident	1	–	–	–	1
	516	7	5	63	441

³ Siehe Fn. 2

⁴ Siehe Fn. 2

	Geschäftslast		Erledigung durch					Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	1	–	1	1	–	1	–	–	1	–
Erbrecht	2	3	5	1	–	1	4	–	1	–
Sachenrecht	2	10	12	2	2	4	8	1	1	–
Verschiedenes	1	2	3	3	–	3	–	–	–	3
Zwischentotal	6	15	21	7	2	9	12	1	3	3
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherheitsleistung (Kautiön)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	4	4	4	–	4	–	2	–	2
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	2	1	3	3	–	3	–	1	1	1
Zwischentotal	3	5	8	8	–	8	–	3	1	4
Insgesamt	9	20	29	15	2	17	12	4	4	7

II. Zivilkammer

Zuständigkeit der Kammer

Berufungen nach Sachgebiet

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten	
Scheidungen/Scheidungsfolgen	17	26	43	23	3	26	17	1	16	6
Abänderungen	3	11	14	9	3	12	2	2	5	2
Mündigenunterhalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vaterschaft	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Entscheide Departement (Kindes- / Vormundschaftsrecht).	3	2	5	5	–	5	–	3	–	2
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden.	–	4	4	2	1	3	1	–	1	1
Verschiedenes	1	3	4	2	1	3	1	1	–	1
Zwischentotal	24	46	70	41	8	49	21	7	22	12

Zuständigkeit des Präsidenten

Berufungen

Scheidung auf gemeinsames Begehren . .	–	3	3	2	–	2	1	2	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerden (insbes. vorsorgliche Massnahmen)	1	6	7	5	1	6	1	1	–	4
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	–	21	21	19	–	19	1	7	3	9
Unentgeltliche Prozessführung	18	110	128	100	8	108	20	93	–	7
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	1	26	27	18	5	23	4	9	1	8
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Zwischentotal	20	168	188	146	14	160	27	112	4	30
Insgesamt	44	214	258	187	22	209	48	119	26	42

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Überrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
III. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	1	2	3	–	2	2	1	–	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	2	6	8	2	–	2	6	–	–	2
Miet- und Pachtrecht	1	10	11	3	–	3	8	1	–	2
Arbeitsvertragsrecht	12	24	36	18	6	24	12	1	11	6
Werkvertragsrecht	4	11	15	5	–	5	10	1	1	3
Auftrag	3	4	7	4	–	4	3	–	1	3
Gesellschaftsrecht	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1
Übriges Obligationenrecht	9	19	28	9	2	11	17	1	1	7
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	1	4	5	3	–	3	2	1	1	1
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Direktprozesse										
Urheberrecht	2	3	5	1	1	2	3	–	–	1
Prorogationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden										
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nichtigkeitsbeschwerden gegen Schiedsgerichtsentscheide	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden gegen Entscheide Anwaltskammer/Prüfungskommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten . .	1	4	5	1	1	2	3	–	–	1
Verschiedenes	1	2	3	1	1	2	1	–	–	1
Zwischentotal	38	91	129	49	13	62	67	5	15	29

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Miet- und Pachtrecht	1	5	6	4	1	5	1	1	1	2
Arbeitsvertragsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Werkvertragsrecht	2	2	4	2	–	2	2	–	1	1
Auftrag	–	2	2	1	1	2	–	–	–	1
Gesellschaftsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übriges Obligationenrecht	1	3	4	4	–	4	–	–	3	1
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	2	–	2	2	–	2	–	–	1	1
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden	4	35	39	28	4	32	7	8	1	19
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen allgemein . . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vorsorgliche Massnahmen Urheberrecht	1	2	3	1	1	2	1	–	–	1
Sicherheitsleistung	–	7	7	6	1	7	–	6	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	1	19	20	18	1	19	1	6	–	12
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	1	9	10	9	–	9	1	1	–	8
Verschiedenes	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Zwischentotal	13	85	98	75	9	84	14	22	7	46
Insgesamt	51	176	227	124	22	146	81	27	22	75

Strafkammer

Zuständigkeit der Kammer

Berufungen nach Sachgebiet

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Delikte gegen Leib und Leben	22	19	41	11	6	17	24	–	8	3
Vermögens- und Urkundendelikte	28	37	65	21	3	24	41	3	16	2
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	2	1	3	2	–	2	1	–	1	1
Delikte gegen die Freiheit	6	10	16	6	5	11	5	1	2	3
Sexualdelikte	15	6	21	12	1	13	8	–	5	7
Übrige Delikte des StGB	4	10	14	3	1	4	10	–	1	2
Strassenverkehr	3	7	10	4	2	6	4	–	1	3
Betäubungsmittel	12	11	23	14	2	16	7	2	5	7
Niederlassung/Aufenthalt von Ausländern	1	4	5	1	1	2	3	–	1	–
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes	3	7	10	3	1	4	6	–	2	1
Kantonales Strafrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	3	–	3	2	–	2	1	–	–	2
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	8	7	15	9	2	11	4	2	3	4
Nachträgliche richterliche Anordnungen	–	4	4	3	–	3	1	1	1	1
Verschiedenes	2	5	7	7	–	7	–	–	–	7
Zwischentotal	109	128	237	98	24	122	115	9	46	43

Zuständigkeit des Präsidenten

Erläss Einschreibgebühr	1	32	33	30	1	31	2	24	–	6
Unentgeltliche Prozessführung	–	6	6	6	–	6	–	4	–	2
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	1	38	39	36	1	37	2	28	–	8
Insgesamt	110	166	276	134	25	159	117	37	46	51

Handelsgericht

Zuständigkeit der Kammer

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Haftpflichtrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	3	15	18	–	6	6	12	–	–	–
Miet- und Pachtrecht	1	–	1	–	–	–	1	–	–	–
Werkvertragsrecht	14	22	36	1	10	11	25	–	1	–
Auftrag	15	9	24	7	5	12	12	1	3	3
Weitere Vertragsverhältnisse	6	3	9	1	3	4	5	–	–	1
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	10	6	16	1	10	11	5	–	1	–
Übriges Gesellschaftsrecht	3	4	7	1	4	5	2	1	–	–
Versicherungsvertragsrecht	2	7	9	2	3	5	4	–	–	2
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	2	–	2	–	–	–	2	–	–	–
UWG	3	2	5	2	–	2	3	–	–	2
Kartellrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Namen-/Firmenrecht	1	1	2	–	2	2	–	–	–	–
Markenrecht	9	4	13	4	5	9	4	–	4	–
Patentrecht	4	7	11	1	3	4	7	–	–	1
Schutz von Design	2	–	2	–	2	2	–	–	–	–
Sachenrecht	–	6	6	–	–	–	6	–	–	–
Verschiedenes	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1
Zwischentotal	76	86	162	21	53	74	88	2	9	10

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen										
OR	3	7	10	3	3	6	4	1	–	2
Immaterialgüterrecht	1	1	2	1	1	2	–	–	–	1
UWG	3	4	7	3	1	4	3	2	–	1
ZGB	–	1	1	1	–	1	–	–	1	–
Einsetzung eines Sonderprüfers	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherstellung gefährdeter Beweise	8	2	10	8	–	8	2	8	–	–
Mängel in der Gesellschaftsorganisation	22	152	174	90	45	135	39	90	–	–
Entgegennahme einer Schutzschrift	–	7	7	7	–	7	–	7	–	–
Sicherheitsleistung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	18	18	10	5	15	3	6	–	4
Zwischentotal	37	192	229	123	55	178	51	114	1	8
Insgesamt	113	278	391	144	108	252	139	116	10	18

*Aufsichtsbehörde für Schuld-
betreuung und Konkurs und über
das Handelsregister*

A. Schuldbetreuung und Konkurs

Zuständigkeit der Kammer

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten	
Beschwerden gegen untere Aufsichtsbehörde	1	26	27	24	–	24	3	–	1	23	
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	–	12	12	7	–	7	5	1	2	4	
Gebührenverordnung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Disziplinar massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	–	6	6	5	–	5	1	1	–	4	
Zwischentotal	1	44	45	36	–	36	9	2	3	31	

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	

B. Handelsregister

Zuständigkeit der Kammer

Eintragungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Löschungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Gebühren und Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	2	4	6	1	5	6	–	–	–	1	
Zwischentotal	2	4	6	1	5	6	–	–	–	1	
Insgesamt	3	48	51	37	5	42	9	2	3	32	

Anklagekammer

Zuständigkeit der Kammer

Aufsicht

Amtliche Aufsicht	–	8	8	5	1	6	2	2	–	3
Disziplinarverfahren	1	1	2	1	1	2	–	1	–	–
Eröffnung eines Strafverfahrens	15	80	95	79	–	79	16	15	–	64

Beschwerden gegen Abschlussverfügungen

Nichteintreten auf Strafklage.	10	23	33	22	5	27	6	2	–	20
Einstellung des Strafverfahrens.	–	3	3	2	1	3	–	2	–	–
Aufhebung des Strafverfahrens.	3	17	20	12	1	13	7	4	–	8
Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Beschwerden Zwangsmassnahmen

Beschlagnahme.	–	15	15	10	3	13	2	2	1	7
Durchsuchung von Datenträgern	–	8	8	4	3	7	1	3	1	–
Untersuchungshaft.	2	19	21	17	2	19	2	4	2	11
Verfügung Jugendanwalt	–	5	5	3	2	5	–	–	1	2
Haftentschädigung	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1

Beschwerden Parteirechte

Verweigerung von Parteirechten.	–	3	3	–	–	–	3	–	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerden	3	22	25	17	5	22	3	7	1	9
Wiederaufnahme.	1	4	5	5	–	5	–	3	–	2
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	35	209	244	178	24	202	42	45	6	127

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilmässige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	–	19	19	8	8	16	3	–	–	8
Einstellung des Strafverfahrens	1	4	5	2	2	4	1	2	–	–
Aufhebung des Strafverfahrens	1	11	12	7	1	8	4	–	–	7
Kosten	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Ausstand	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Anstände im Privatstrafklageverfahren . .	1	3	4	2	–	2	2	–	–	2
Präsidiale Verfügungen										
Technische Überwachungsmassnahmen	–	131	131	131	–	131	–	123	3	5
Vorsorgliche Massnahmen	–	3	3	3	–	3	–	2	–	1
Unentgeltliche Prozessführung	–	8	8	8	–	8	–	–	–	8
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Zwischentotal	3	184	187	165	11	176	11	129	3	33
Insgesamt	38	393	431	343	35	378	53	174	9	160

Anwaltskammer

Zuständigkeit der Kammer

Disziplinarverfahren gegen Anwälte	2	8	10	9	–	9	1	3	–	6
Massnahmen gegen Dritte	1	2	3	1	–	1	2	1	–	–
Einsprache gegen Registereintrag	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	3	3	6	5	–	5	1	4	–	1
Zwischentotal	6	13	19	15	–	15	4	8	–	7

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen . . .	1	2	3	–	3	3	–	–	–	–
Entbindung vom Berufsgeheimnis	–	5	5	3	2	5	–	2	–	1
Eröffnung Disziplinarverfahren	–	6	6	5	–	5	1	–	–	5
Erteilung Anwaltspatent ⁵	–	42	42	42	–	42	–	42	–	–
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁵	–	14	14	14	–	14	–	14	–	–
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung ⁵ . .	–	30	30	30	–	30	–	30	–	–
Eintrag in Anwaltsregister ⁵	–	23	23	23	–	23	–	23	–	–
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁵	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Verschiedenes	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Zwischentotal	1	16	17	11	5	16	1	2	–	9
Insgesamt.	7	29	36	26	5	31	5	10	–	16

*Einzelrichter für Rekurse im
Personen-, Erb- und Sachenrecht*

Rascher Rechtsschutz	6	8	14	9	2	11	3	4	3	2
Vorsorgliche Massnahmen	3	5	8	6	1	7	1	1	1	4
Verfügungen Departement (Namens-/Erbrecht)	1	–	1	1	–	1	–	1	–	–
Vollstreckung.	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Verschiedenes	–	2	2	1	1	2	–	–	–	1
	10	16	26	17	4	21	5	6	4	7

*Einzelrichter für Rekurse in
Familiensachen*

Eheschutz	16	60	76	59	6	65	11	5	29	25
Verfügungen Departement (Kindes- und Vormundschaftsrecht)	–	4	4	2	1	3	1	1	–	1
Vollstreckung.	1	2	3	3	–	3	–	1	2	–
Verschiedenes	2	36	38	30	2	32	6	3	9	18
	19	102	121	94	9	103	18	10	40	44

⁵ Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht</i>										
Klares Recht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mieter- und Pächterausweisung	2	20	22	18	2	20	2	4	–	14
Vollstreckung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vorsorgliche Massnahmen	–	4	4	2	2	4	–	1	–	1
Vorsorgliche Beweiserhebung	2	1	3	2	1	3	–	1	–	1
Verschiedenes	–	4	4	4	–	4	–	–	1	3
	4	29	33	26	5	31	2	6	1	19

Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren

Provisorische Rechtsöffnung	–	15	15	6	4	10	5	–	1	5
Definitive Rechtsöffnung	1	3	4	3	–	3	1	1	–	2
Bewilligung des Rechtsvorschlages in der Wechselbetreibung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Konkurseröffnungen	3	43	46	37	3	40	6	30	–	7
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	1	3	4	3	–	3	1	2	–	1
Nachlassverfahren	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Übrige SchKG-Verfahren	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
	5	72	77	57	7	64	13	33	1	23

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Rechtshilfe	16	230	246	–	233	233	13	–	–	–
Schiedsgerichtssachen	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
	16	231	247	1	233	234	13	1	–	–

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten	
<i>Kantonsgerichtspräsident</i>											
Aktenherausgabe	–	29	29	28	–	28	1	20	5	3	
Ausstandsbegehren.	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3	
Überweisung an anderes Gericht	–	4	4	4	–	4	–	4	–	–	
Verschiedenes	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3	
	–	39	39	38	–	38	1	24	5	9	

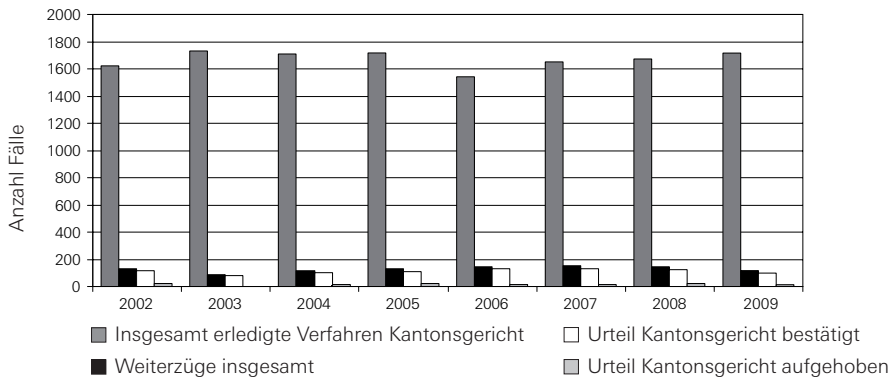
Weiterzug von Entscheiden an das Bundesgericht und das Kassationsgericht

Bundesgericht

Weiterzug von Entscheiden an das Bundesgericht und das Kassationsgericht				Erledigung durch					Pendent Ende 2009
				Urteil					
	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Rückzug	Nichteintreten	Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
Bundesgericht									
Beschwerden in Zivilsachen	17	46	63	4	24	21	3	–	11
Beschwerden in Strafsachen	12	55	67	1	27	18	2	2	17
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1	–	1	–	–	1	–	–	–
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	7	7	–	6	1	–	–	–

Kassationsgericht

Nichtigkeitsbeschwerden in Zivilsachen	9	7	16	–	1	7	4	1	3
--	---	---	----	---	---	---	---	---	---



II. Kreisgerichte

1. Übersichten (Januar bis Mai)

Eingänge der Vorjahre

Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht	2006	2007	2008	Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (bis 31.5.)	Pendenzen Ende 2009 (bis 31.5.)
St.Gallen ²	3341	3233	2848	846	1179	2025	1244	781
Rorschach	1291	1203	1134	274	428	702	483	219
Rheintal ²	1990	1983	1975	497	798	1295	822	473
Werdenberg-Sargans	1741	1527	1621	392	578	970	630	340
Gaster-See ²	1800	1674	1680	374	758	1132	715	417
Ober-/Neutoggenburg	428	508	425	100	178	278	173	105
Alttoggenburg-Wil.	1317	1190	1159	313	455	768	573	195
Untertoggenburg-Gossau ²	1560	1350	1477	331	572	903	903	–
	13468	12668	12319	3127	4946	8073	5543	2530

Eingänge der Vorjahre

Kollegialgericht³

Kreisgericht	2006	2007	2008	Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (bis 31.5.)	Pendenzen Ende 2009 (bis 31.5.)
St.Gallen	354	383	264	264	100	364	184	180
Rorschach	79	87	81	67	31	98	56	42
Rheintal	120	157	140	88	64	152	68	84
Werdenberg-Sargans	136	108	123	83	44	127	59	68
Gaster-See	125	107	103	59	60	119	40	79
Ober-/Neutoggenburg	28	34	38	18	14	32	21	11
Alttoggenburg-Wil.	109	102	82	62	42	104	67	37
Untertoggenburg-Gossau	110	87	108	66	51	117	117	–
	1061	1065	939	707	406	1113	612	501

1 Inkl. Arbeitsgericht, untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Haftrichter; ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)

2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

3 Ohne Ehescheidungen/-trennungen, inkl. Arbeitsgericht

Einzelrichter ⁴	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (bis 31.5.)	Pendenzen Ende 2009 (bis 31.5.)
	2006	2007	2008					
Kreisgericht								
St.Gallen	2674	2596	2320	410	957	1367	967	400
Rorschach	1103	1019	942	146	355	501	373	128
Rheintal	1664	1633	1615	287	644	931	667	264
Werdenberg-Sargans	1408	1244	1312	162	478	640	506	134
Gaster-See	1519	1403	1411	209	643	852	608	244
Ober-/Neutoggenburg	339	416	338	48	136	184	128	56
Altoggenburg-Wil.	1092	980	945	172	367	539	432	107
Untertoggenburg-Gossau	1296	1107	1202	172	452	624	624	–
	11095	10398	10085	1606	4032	5638	4306	1332

Ehescheidungen / -trennungen (Kollegialge- richt und Einzelrichter)	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (bis 31.5.)	Pendenzen Ende 2009 (bis 31.5.)
	2006	2007	2008					
Kreisgericht								
St.Gallen	313	254	264	172	122	294	93	201
Rorschach	109	97	111	61	42	103	54	49
Rheintal	206	193	220	122	90	212	87	125
Werdenberg-Sargans	197	175	186	147	56	203	65	138
Gaster-See	156	164	166	107	55	162	67	95
Ober-/Neutoggenburg	61	58	49	34	28	62	24	38
Altoggenburg-Wil.	116	108	132	79	46	125	74	51
Untertoggenburg-Gossau	154	156	167	92	69	161	161	–
	1312	1205	1295	814	508	1322	625	697

4 Ohne Ehescheidungen/-trennungen, inkl. Arbeitsgerichtspräsident, untere Aufsichtsbehörde im Betreuungs- und Haftwesen, Haftrichter

		Eingeschrieben				
		Insgesamt	2006 oder früher	2007	2008	2009
Pendente Fälle						
Kreisgericht						
St.Gallen		781	20	35	260	466
Rorschach		219	5	12	60	142
Rheintal		473	16	23	126	308
Werdenberg-Sargans		340	20	32	117	171
Gaster-See		417	10	18	104	285
Ober-/Neutoggenburg		105	–	8	21	76
Alttoggenburg-Wil.		195	9	8	76	102
Untertoggenburg-Gossau		–	–	–	–	–
		2530	80	136	764	1550

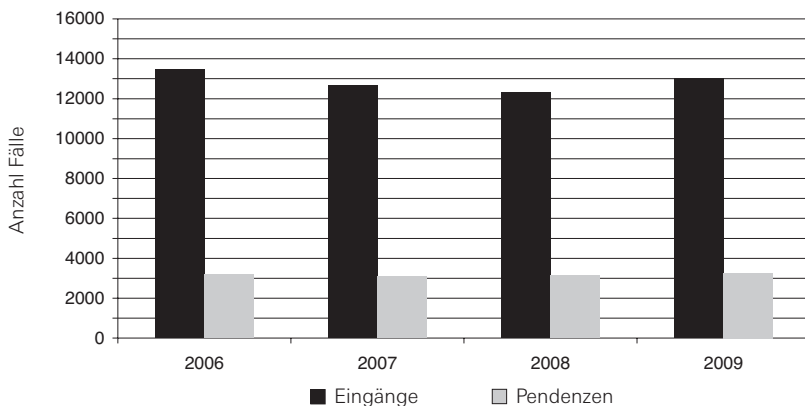
2. Übersichten (Juni bis Dezember sowie Total 2009)

Eingänge der Vorjahre

Gesamtübersicht (Kollegial- gericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht

	2006	2007	2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009
St.Gallen ²				776	2412	3188	2145	1043
Rorschach				219	801	1020	733	287
Rheintal ²				473	1039	1512	1039	473
Werdenberg-Sarganserland				341	965	1306	890	416
See-Gaster ²				420	1014	1434	1009	425
Toggenburg				106	484	590	438	152
Wil ²				195	1332	1527	1057	470
				2530	8047	10577	7311	3266
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	13468	12668	12319	3127	12993	16120	12854	3266



1 Inkl. Arbeitsgericht, untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Haftrichter;
ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)

2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

	Eingänge der Vorjahre							
Kollegialgericht ³								
Kreisgericht	2006	2007	2008	Übertrag 2009 (ab 1. 6.)	Eingänge 2009 (ab 1. 6.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (ab 1. 6.)	Pendenzen Ende 2009
St.Gallen				180	229	409	139	270
Rorschach				42	52	94	29	65
Rheintal				84	73	157	65	92
Werdenberg-Sarganserland.				70	81	151	51	100
See-Gaster.				80	54	134	64	70
Toggenburg				12	44	56	27	29
Wil				61	101	162	66	96
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	1061	1065	939	529	634	1163	441	722
				735	1040	1775	1053	722

				<u>Eingänge der Vorjahre</u>							
Einzelrichter ⁴				2006	2007	2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009
Kreisgericht											
St.Gallen							395	1966	2361	1799	562
Rorschach							128	679	807	654	153
Rheintal							264	863	1127	865	262
Werdenberg-Sarganserland.							132	788	920	740	180
See-Gaster							244	859	1103	870	233
Toggenburg							56	371	427	359	68
Wil							83	1057	1140	892	248
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)				11095	10398	10085	1302	6583	7885	6179	1706
							1576	10615	12191	10485	1706

3 Ohne Ehescheidungen/-trennungen, inkl. Arbeitsgericht

4 Ohne Ehescheidungen/-trennungen, inkl. Arbeitsgerichtspräsident, untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Haftrichter

		Eingänge der Vorjahre						
Ehescheidungen / -trennungen (Kollegialgericht und Einzelrichter)								
Kreisgericht	2006	2007	2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Erledigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenz Ende 2009
St.Gallen				201	217	418	207	211
Rorschach				49	70	119	50	69
Rheintal				125	103	228	109	119
Werdenberg-Sarganserland.				139	96	235	99	136
See-Gaster.				96	101	197	75	122
Toggenburg				38	69	107	52	55
Wil				51	174	225	99	126
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	1312	1205	1295	699	830	1529	691	838
				816	1338	2154	1316	838

		Eingeschrieben				
		Insgesamt	2006 oder früher	2007	2008	2009 (ab 1.6.)
Pendente Fälle						
Kreisgericht						
St.Gallen	1043	11	19	90	923	
Rorschach	287	5	9	22	251	
Rheintal	473	8	15	47	403	
Werdenberg-Sarganserland.	416	10	18	51	337	
See-Gaster.	425	7	8	49	361	
Toggenburg	152	–	3	9	140	
Wil	470	6	4	55	405	
Total	3266	47	76	323	2820	

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht⁵

Gerichtskreis	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang		
	Eingänge 2008 (ab 1.6.) Übertrag 2009	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erledigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009	
St.Gallen	128	147	275	3	53	10	4	7	65	4	1	55	41	96	179	
Rorschach	36	35	71	1	12	–	2	–	18	2	–	7	14	21	50	
Rheintal	70	52	122	–	17	–	3	1	29	1	1	16	30	46	76	
Werdenberg-Sarganserland	62 ⁶	44	106	–	11	1	3	6	22	–	1	29	10	39	67	
See-Gaster	72	47	119	–	10	–	10	–	25	2	–	12	42	54	65	
Toggenburg	8 ⁶	36	44	–	17	2	–	2	15	–	–	11	5	16	28	
Wil	32	78	110	–	30	6	3	2	32	5	–	31	21	52	58	
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	408 ⁶	439	847	4	150	19	25	18	206	14	3	161	163	324	523	
	492	498	658	5	218	39	37	25	303	23	5	375	258	633	523	

5 Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D)

6 Bereinigung gegenüber Vorjahr

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2009 (ab 1.6.)		Eingänge 2009 (ab 1.6.)		Ge- sam- t	Verfahrens- wechsel	Erledigt 2009 (ab 1.6.)					Pendent Ende 2009				
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren			Streitige Verfahren	Insgesamt	Zum streitigen Verfahren	Zum einvernehmlichen Verfahren	Genehmigung Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren
St.Gallen	168	33	201	190	27	217	10	14	149	30	7	21	207	176	35	211
Rorschach	40	9	49	67	3	70	2	2	41	2	1	6	50	61	8	69
Rheintal	107	18	125	97	6	103	1	11	85	14	4	6	109	100	19	119
Werdenberg-Sarganserland	111	28	139 ⁷	86	10	96	1	9	64	17	9	9	99	111	25	136
See-Gaster	78	18	96 ⁷	96	5	101	3	2	62	3	1	9	75	105	17	122
Toggenburg	35	3	38	62	7	69	–	5	43	4	2	3	52	45	10	55
Wil	48	3	51	152	22	174	1	–	83	3	3	10	99	108	18	126
							18	43	527	73	27	64	691	706	132	838
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	683	133	816	1217	121	1338	23	67	978	134	37	167	1316	706	132	838

C. Einzelrichtergefälle⁸

1. Zivilsachen im einfachen Verfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang				
	Eingänge 2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Forderung aus Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Urteile	Abschreibungen	Erfolgungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009
St.Gallen	46	136	182	—	—	5	—	5	22	5	4	60	28	7	58	42	100	82
Rorschach	14	49	63	—	—	1	—	4	4	—	1	22	15	2	19	23	42	21
Rheintal	24	68	92	—	—	3	—	—	10	—	—	24	31	—	31	31	62	30
Werdenberg-Sarganserland	36	78	114	—	—	3	—	4	10	—	2	25	31	3	59	12	71	43
See-Gaster	44	69	113	—	—	1	—	5	11	1	1	19	20	11	20	53	73	40
Toggenburg	5	44	49	—	—	—	—	1	11	3	1	9	19	—	29	6	35	14
Wül	13	125	138	—	—	4	—	1	14	1	—	43	58	4	78	11	89	49
				182 569 751	—	17	—	20	82	10	9	202	202	27	294	178	472	279
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)				504	—	20	—	36	122	11	20	202	316	39	433	273	706	279

8 Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D), untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen (s. Bst. E)

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet								Prozessgang				
	Eingänge 2008 Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. R'vorschlag (Bestreit- ung neuen Vermögens)	Konkurseröffnung	Folgeberfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Rechtshilfe (Anerkennung ausländ. Urteile)	Urteile	Abschreibungen Erfordisungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009	
Kreisgericht																
St.Gallen	86	922	1008	420	27	271	171	18	3	9	3	—	631	202	833	175
Rorschach	36	402	438	213	18	99	61	6	—	2	3	—	265	110	375	63
Rheintal	59	422	481	208	20	112	56	15	—	4	3	4	318	104	422	59
Werdenberg-Sarganserland	41	412	453	210	22	101	58	14	1	3	2	1	314	84	398	55
See-Gaster	63	414	477	201	9	149	41	3	2	6	4	—	237	192	429	48
Toggenburg	18	188	206	121	5	36	24	2	—	—	—	—	153	42	195	11
Wil	15	517	532	293	17	141	54	1	—	7	4	—	361	94	455	77
	318	3277	3595	1666	118	909	465	59	6	31	19	5	2279	828	3107	488
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	5179	408 5317	5725	2675	171 1488	774 108	8 57	29	7	3780	1457	5237	488			

b) übrige Summarverfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet													Prozessgang							
	Eingänge 2008	Übertag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Personenrecht	Eheschutzmassnahmen	Vorsorgliche Massnahmen (Ehescheidungen/-trennungen)	Schuldanweisung	Erbrecht	(inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Bauhandwerkerpfandrecht	Kraftloserklärungen	Schnelle Handhabung klaren Rechts/Besitzschutz	Ausweisung Mieter/Pächter	Vorsorgliche Beweiserhebung (Sicherstellung von Beweisen)	Rechtshilfeweise	Einvernahmen	Erlass	Unentgeltliche Prozessführung	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erfledigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009
St.Gallen	210	616	826	8 103	27	18	1	12	12	9	62	3	24	2	324	11	558	31	589	237				
Rorschach	54	207	261	—	48	11	5	—	13	3	6	21	2	5	2	87	4	169	44	213	48			
Rheintal	157	243	400	—	55	17	13	—	18	4	11	26	2	6	1	87	3	174	74	248	152			
Werdenberg-Sarganserland	42	258	300	—	47	17	2	—	18	11	11	26	1	25	6	89	5	208	29	237	63			
See-Gaster	126	239	365	1	43	14	6	—	11	12	6	19	1	2	2	106	16	176	60	236	129			
Toggenburg	28	122	150	—	32	12	4	—	1	9	—	10	1	—	—	50	3	106	4	110	40			
Wil	41	310	351	1	61	25	10	—	7	10	6	14	—	6	6	163	1	210	33	243	108			
	658	1995	2653	10 389	123	58	1	80	61	49	178	10	68	19	906	43	1601	275	1876	777				
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	3149	671	3264	3935	14 652	195	86	4	168	97	78	293	51	116	29	1405	76	2611	547	3158	777			

D. Arbeitsgericht

1. Kollegialgericht (bis 31.05.2009)

Kreisgericht	Zahl der Prozesse total					Art der Erledigung							
	Eingänge in Vorjahren					Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen	Erledigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung		Nicht-eintreten wegen Unzuständigkeit		
	2007	2008	Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt				Erledigt 2009 (bis 31.5.)	Pendent 2009 (bis 31.5.)		ohne gerichtliche Verhandlung	nach gerichtlicher Verhandlung
St.Gallen	70	54	28	23	51	51	—	16	3	26	6	—	
Rorschach	18	21	8	10	18	18	—	2	1	9	4	—	
Rheintal	41	41	17	14	31	31	—	6	—	21	3	1	
Werdenberg-Sargans	24	26	5	20	25	25	—	6	1	17	1	—	
Gaster-See	29	21	4	11	15	15	—	2	1	12	—	—	
Ober-/Neutoggenburg	11	8	5	2	7	7	—	4	—	2	1	—	
Altoggenburg-Wil.	32	29	7	20	27	27	—	1	—	23	2	1	
Untertoggenburg-Gossau	17	29	15	15	30	30	—	2	12	5	11	—	
	242	229	89	115	204	204	—	4	48	7	115	28	2

2. Arbeitsgerichtspräsident (bis 31.05.2009)

Kreisgericht	Eingänge in Vorjahren	Zahl der Prozesse total					Art der Erledigung					Nicht- eintreten wegen Unzu- ständig- keit		
		2007	2008	Übertrag 2008	Eingänge 2009 (bis 31.5.)	Insgesamt	Erledigt 2009 (bis 31.5.)	Pendent 2009 (bis 31.5.)	Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen		Erledigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung	
													ohne gericht- liche Ver- handlung	nach gericht- licher Ver- handlung
St.Gallen	98	105	33	33	66	66	—	2	18	3	23	20	—	
Rorschach	35	41	12	24	36	36	—	5	3	3	21	4	—	
Rheintal	62	58	10	29	39	39	—	2	16	—	12	8	1	
Werdenberg-Sargans	42	36	1	19	20	20	—	—	8	—	9	3	—	
Gaster-See	42	47	7	16	23	23	—	—	3	—	1	15	4	
Ober-/Neutoggenburg	13	23	6	3	9	9	—	—	8	—	—	1	—	
Altoggenburg-Wil.	35	42	11	17	28	28	—	1	3	2	15	7	—	
Untertoggenburg-Gossau	40	34	12	14	26	26	—	—	8	—	9	9	—	
	367	386	92	155	247	247	—	10	67	8	90	67	5	

E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2007	Eingänge 2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/ Nichteintreten	Rückzug/ Gegenstandslos	Pendent Ende 2009
St.Gallen			1	12	13	4	6	2	1
Rorschach			1	4	5	1	3	–	1
Rheintal			1	8	9	–	7	2	–
Werdenberg-Sarganserland			2	14	16	6	6	2	2
See-Gaster			1	15	16	3	8	4	1
Toggenburg			–	7	7	1	2	3	1
Wil			3	18	21	5	13	–	3
			9	78	87	20	45	13	9
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	96	129	11	143	154	36	86	23	9

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht und Einzelrichter ^{9 10}

	Kollegialgericht										Einzelrichter									
	Eingänge 2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erdedigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009	Eingänge 2008	Übertrag 2009 (ab 1.6.)	Eingänge 2009 (ab 1.6.)	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erdedigungen 2009 (ab 1.6.)	Pendenzen Ende 2009		
Kreisgericht																				
St.Gallen		52	82	134	39	3	1	43	91		48	66	114	40	2	10	52	62		
Rorschach		6	17	23	7	1	–	8	15		23	17	40	11	2	7	20	20		
Rheintal		14	21	35	16	1	2	19	16		23	23	46	22	–	2	24	22		
Werdenberg-Sarganserland.		8	37	45	11	1	–	12	33		11	26	37	18	–	2	20	17		
See-Gaster		8	7	15	9	1	–	10	5		10	19	29	11	1	3	15	14		
Toggenburg		4	8	12	9	2	–	11	1		5	10	15	12	–	1	13	2		
Wil		29 ¹¹	23	52	14	–	–	14	38		11 ¹¹	16	27	12	–	4	16	11		
Total.	218	147 ¹¹	270	417	195	16	7	218	199	327	178 ¹¹	277	455	248	8	51	307	148		

9 Inkl. Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Privatstrafklageverfahren
10 Ohne Haftrichter (s. Bst. B)
11 In einem grossen Strafverfahren werden 28 Angeschuldigte gemeinsam durch das Kollegialgericht beurteilt. Dies führte zur Verschiebung zwischen pendenden Einzelrichterverfahren zu pendenden Kollegialgerichtsverfahren.

B. Haftrichter (gesamter Kanton)

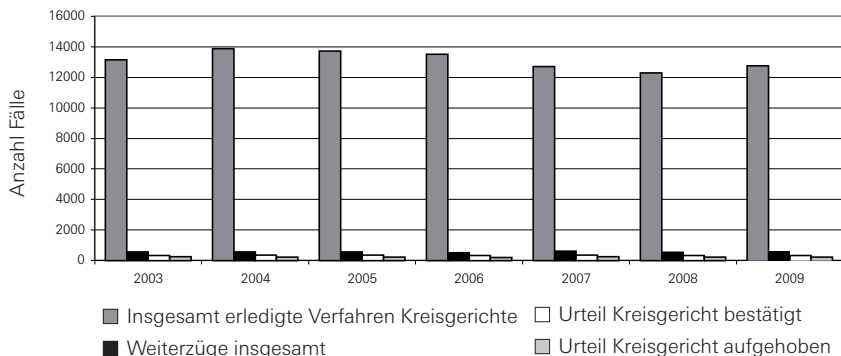
	Eingänge 2008	Pendent Ende 2008	Eingänge 2009	Art der Erledigung					Erledigt 2009	Pendent Ende 2009
				Insgesamt	Beantragte Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beantragte Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abschreibung/ Nichteintreten		
Haftanordnung	221	4	279	283	274	5	2	1	282	1
Haftverlängerung.	107	—	176	176	166	4	1	2	173	3
Haftentlassung	14	—	15	15	11	1	—	3	15	—
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	2	—	5	5	3	1	—	—	4	1
Vorzeitiger Massnahmenvollzug	1	—	3	3	2	1	—	—	3	—
Auslieferungshaftbefehl.	4	—	2	2	2	—	—	—	2	—
Verlängerung Polizeigewahrsam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wegweisung und Rückkehrverbot	60	—	6	6	6	—	—	—	6	—
Übrige	2	—	1	1	1	—	—	—	1	—
Total	411	4	487	491	465	12	3	6	486	5

4. Verschiedenes¹²

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Werdenberg-Sarganserland	See-Gaster	Toggenburg	Wil
Aufsicht über Vermittler	2	1	–	6	–	1	–
Aufsicht über Schlichtungsstellen .	–	2	–	–	–	1	–
Aufsicht über Betreibungsämter . .	1	–	–	4	2	–	11
Rechtshilfe (Zustellungen)	172	64	111	116	73	27	77
Verteidigungen	7	6	–	14	–	–	–
Verschiedenes	–	–	3	–	1	–	5

5. Weiterzüge

	Übertrag 2008	Eingänge 2009	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichteintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise geschützt	Pendent Ende 2009
Berufungen ans Kantonsgericht . .	205	250	455	32	10	81	31	85	216
Rekurse ans Kantonsgericht	91	229	320	23	31	95	68	45	58
Betreibungsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	–	32	32	1	14	10	2	–	5
Rechtsverweigerungsbeschwerden ans Kantonsgericht	15	35	50	2	6	14	6	3	19
Rechtsverweigerungsbeschwerden in Haftsachen an die Anklage- kammer	2	10	12	–	–	8	2	–	2



¹² Diese Tätigkeiten werden in der Fallstatistik nicht als «Fall» ausgewiesen.

III. Vermittlerämter

	I Im Vermittlungsverfahren						II Urteilsvorschlag		Ausstand oder Verhinderung		
	Eingeschriebene Streitfälle (ab 1.6. II und angenommene Urteilsvorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klägeranerkennung	Unvermittelt	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters	Sonstige Verhinderung des Vermittlers
Kreisgericht											
St.Gallen											
St.Gallen	317	9	90	120	5	71	26	22	3	—	13
Gossau	56	9	15	22	1	7	2	2	1	—	5
Rorschach											
Rorschach West	58	6	11	27	—	8	6	6	—	—	—
Rorschach Ost	90	13	25	34	1	8	11	9	—	—	11
Rheintal											
Oberes Rheintal	70	8	19	23	1	15	5	4	—	—	—
Mittleres Rheintal	63	5	16	31	—	10	1	1	—	—	—
Unteres Rheintal	74	7	18	39	—	8	3	2	—	—	—
Werdenberg-Sarganserland											
Werdenberg	113	13	23	55	1	21	—	—	—	—	—
Sarganserland	121	20	25	61	1	14	—	—	—	—	—
See-Gaster											
See	154	6	86	32	—	24	6	6	—	—	—
Obersee-Ricken	48	8	11	22	—	6	2	1	1	—	—
Gaster	56	5	26	16	1	6	2	2	—	—	—

III. Vermittlerämter (Fortsetzung)

Kreisgericht	I Im Vermittlungsverfahren					II Urteilsvorschlag			Ausstand oder Verhinderung		
	Eingeschriebene Streitfälle (ab 1.6. II und angenommene Urteilsvorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klägeanerkennung	Unvermittelt	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers	Ausstand des Stellvertreters	Sonstige Veränderung des Vermittlers
Toggenburg											
Oberes Toggenburg	30	3	5	14	—	1	9	7	1	—	—
Mittleres Toggenburg	42	5	10	20	—	4	3	3	—	—	—
Unteres Toggenburg	47	3	21	15	—	5	5	3	—	—	—
Wil											
Flawil	39	4	5	28	—	2	—	—	—	—	—
Uzwil	120	12	41	36	1	14	20	16	—	—	—
Zuzwil	76	16	12	36	—	6	7	6	—	—	6
Wil	91	11	29	24	—	17	12	10	—	—	—
	1665	163	488	655	12	247	120	100	6	—	35
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	2648	298	814	1123	17	247	173	149	7	1	49

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Kreisgericht	Art der Erledigungen							Pendente Begehren
	Pendenzen (ab 1.6.)	Neu eingegangene Begehren (ab 1.6.)	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Entscheid	anderweitig	
St.Gallen	57	283	340	108	78	14	68	72
Rorschach	13	95	108	31	17	3	35	22
Rheintal	17	99	116	55	19	3	22	17
Werdenberg-Sarganserland	53	92	145	51	18	3	14	59
See-Gaster	17	78	95	26	15	7	26	21
Toggenburg	6	54	60	21	16	3	13	7
Wil	22	107	129	31	26	7	53	12
	185	808	993	323	189	40	231	210
Total 2009 (inkl. Kreisgerichte 1.1 – 31.5.)	228	1412	1640	562	369	83	416	210

V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Kreisgericht	Art der Erledigungen									
	Pendenzen (ab 1.6.)	Neu eingegangene Begehren (ab 1.6.)	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Klagerückzug	Klageanerkennung	Urteilsvorschlag angenommen	Anderweitig	Pendente Begehren
St.Gallen	139	139	139	45	24	17	3	—	7	43
Rorschach	27	27	27	9	5	4	1	—	4	4
Rheintal	64	64	64	28	14	3	3	—	2	14
Werdenberg-Sarganserland	52	52	52	18	8	2	—	—	5	19
See-Gaster	25	25	25	14	3	2	—	—	—	6
Toggenburg	19	19	19	8	3	1	1	—	—	6
Wilf.	55	55	55	18	11	7	1	—	6	12
	381	381	381	140	68	36	9	—	24	104

VI. Schlichtungsstellen für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Art der Erledigungen									
Pendenzen (ab 1.6.)	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Neu eingegangene Begehren (ab 1.6.)	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Total zu behandeln	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Einigungen	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Keine Einigungen	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Klagerückzug	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Klageanerkennung	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Urteilsvorschlag angenommen	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Anderweitig	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Pendente Begehren	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Amtsbericht des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen über das Jahr 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen im Jahr 2009 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2009 vor:

im Jahr 2009 eingeschriebene Fälle	11
aus dem Jahr 2008 eingeschriebene Fälle	<u>8</u>
Insgesamt	19

2. Erledigungen und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2009 erledigt.	16
im Jahr 2009 nicht erledigt	<u>3</u>
Insgesamt	19

3. Pendenzen im Besonderen

Die drei pendenten Fälle wurden erst gegen Ende 2009 eingeschrieben. Zwei dieser Beschwerden betreffen den gleichen Forderungsstreitfall mit sehr umfangreichen Akten. Die Pendenzen werden voraussichtlich bis im Sommer 2010 erledigt.

4. Erledigungen im Besonderen

4.1. Die im Jahr 2009 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	6
Entscheide des Präsidenten der III. Zivilkammer	1
Entscheide der I. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	4
Entscheide des Handelsgerichtes	3
Entscheide über die sachliche Zuständigkeit	<u>2</u>
Insgesamt	16

4.2. Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	4	(25.0 %)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	8	(50.0 %)
Auf Beschwerde nicht eingetreten	2	(12.5 %)
Sachliche Zuständigkeit entschieden	2	(12.5 %)
Insgesamt	16	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2009 hat die Anzahl der neu eingeschriebenen Fälle im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Die Zahl der erledigten Fälle hat leicht zugenommen. Im Jahr 2009 wurden 11 Fälle eingeschrieben gegenüber 19 Fällen im Vorjahr. Im Jahr 2009 wurden 16 Fälle erledigt gegenüber 14 Fällen im Vorjahr.

6. Verfahrensdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2009 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt rund 5 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils rund 6 Monate. Dies entspricht der Verfahrensdauer im Vorjahr.

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichts

Im Jahr 2009 wurde gegen 6 Urteile des Kassationsgerichts Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Drei Beschwerden wurden abgewiesen; über die anderen drei Beschwerden hat das Bundesgericht bisher noch nicht entschieden. Die im Amtsbericht des Vorjahres erwähnten, beim Bundesgericht damals hängigen Beschwerden wurden abgewiesen.

St.Gallen, 6. Januar 2010

Der Kassationsgerichtspräsident:

Prof. Dr. Reinhold Hotz

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (GerG) Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2009.

1. Verwaltungsgericht

a) Personelles

Im Berichtsjahr beendete Dr. Rebecca Hirt-Schlumpf ihre Tätigkeit am Verwaltungsgericht aus familiären Gründen. Sie war seit 1996 als Gerichtsschreiberin tätig. Zu ihrem Nachfolger wählte das Verwaltungsgericht lic. iur. Stephan Schärer.

Am 14. November 2009 verstarb Prof. Dr. Francis Cagianut, Präsident des Verwaltungsgerichts von 1975 bis 1991.

b) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2009 sind insgesamt 232 Fälle, 230 Beschwerden und 2 Klagen, neu eingegangen. Dies sind acht weniger als im Vorjahr. Anfangs 2009 waren 95 Fälle anhängig. Von diesen pendenten und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 232 Fällen wurden im Jahr 2009 deren 241 erledigt, womit die Zahl der hängigen Geschäfte per Ende 2009 noch 86 betrug. Von den 232 neu eingegangenen Geschäften wurden im Berichtsjahr 151 erledigt; 90 weitere behandelte Fälle stammten aus den Vorjahren.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag wie bereits im Vorjahr beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 52 Fällen (Vorjahr 39) sowie dem Ausländerrecht mit 37 Fällen (Vorjahr 44). Gesamthaft kann von einer gleich hohen Geschäftslast wie im Vorjahr gesprochen werden.

Insgesamt wurden 38 (Vorjahr 36) Zwischenverfahren betreffend Gesuche um Gewährung der aufschiebenden Wirkung, Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und Rechtsverbeiständung oder Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer besonderen verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das begründete Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Publikationen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) 2009 sowie St.Galler Steu-

erentscheid (SGE) 2009 verwiesen. Dort werden 25 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Einge- gangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	33	49	82	52	30
Enteignung	0	1	1	1	0
Gewerbebewilligungen	6	12	18	17	1
Jagd und Fischerei	1	0	1	1	0
Gebäudeversicherung	2	1	3	2	1
Sozialversicherung	3	3	6	3	3
Schätzung und Melioration	1	0	1	1	0
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	3	2	5	4	1
Staatssteuer natürlicher Personen	7	9	16	11	5
Staatssteuer juristischer Personen	0	2	2	1	1
Gemeindesteuern	1	0	1	1	0
Direkte Bundessteuer	2	5	7	5	2
Strassenrecht	3	2	5	4	1
Öffentliches Dienstrecht	1	6	7	6	1
Verfahrensrecht	0	9	9	7	2
Politische Rechte	1	5	6	3	3
Ausländerrecht	9	44	53	37	16
Lebensmittelpolizei	0	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	2	11	13	12	1
Bildung, Erziehung, Stipendien	3	11	14	12	2
Sozialhilfe	4	5	9	8	1
Öffentliches Beschaffungswesen	6	17	23	21	2
Unentgeltliche Prozessführung	0	20	20	19	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	2	2	4	4	0
Beschwerden in Klagefällen	1	1	2	2	0
Strassenverkehr	0	7	7	0	7
Zwangsmassnahmen Ausländerrecht	0	3	3	2	1
Diverse	4	5	9	5	4
Total	95	232	327	241	86

Von den 86 Ende 2009 anhängigen Streitsachen waren zu jenem Zeitpunkt deren 7 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	52	16	0	21	12	3
Enteignung	1	0	0	1	0	0
Gewerbebewilligungen	17	7	0	9	1	0
Jagd und Fischerei	1	0	0	0	0	1
Gebäudeversicherung	2	0	0	2	0	0
Sozialversicherung	3	1	0	1	1	0
Schätzung und Melioration	1	0	0	1	0	0
Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben	4	2	0	2	0	0
Staatssteuer natürlicher Personen	11	5	1	2	2	1
Staatssteuer juristischer Personen	1	1	0	0	0	0
Gemeindesteuern	1	0	0	1	0	0
Direkte Bundessteuer	5	3	0	0	0	2
Strassenrecht	4	0	0	3	1	0
Öffentliches Dienstrecht	6	1	0	4	1	0
Verfahrensrecht	7	0	0	4	3	0
Politische Rechte	3	1	0	1	1	0
Ausländerrecht	37	5	0	27	3	2
Lebensmittelpolizei	0	0	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	12	8	0	3	1	0
Bildung, Erziehung und Stipendien	12	4	0	7	1	0
Sozialhilfe	8	3	0	1	2	2
Öffentliches Beschaffungswesen	21	16	1	4	0	0
Unentgeltliche Prozessführung	19	1	0	11	6	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	4	1	0	3	0	0
Beschwerden in Klagefällen	2	0	0	1	1	0
Strassenverkehr	0	0	0	0	0	0
Zwangsmassnahmen Ausländerrecht	2	1	1	0	0	0
Diverse	5	0	0	1	2	2
Total	241	76	3	110	38	14

Von den 241 erledigten Fällen lagen 207 im Zuständigkeitsbereich des Gerichts und 34 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 76 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels bzw. Verzicht auf die Leistung des Kostenvorschusses oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung.

Auch im Berichtsjahr konnte bei den meisten Fällen eine kurze Verfahrensdauer eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht hat rund 45 Prozent aller Fälle innert weniger als drei Monaten und 70 Prozent aller Fälle innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Die Dauer der Ver-

fahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	107	61	54	19

Im Berichtsjahr wurden beim Bundesgericht insgesamt 39 (Vorjahr 36) Beschwerden gegen Urteile und Zwischenentscheide des Verwaltungsgerichts erhoben. Das Bundesgericht hat 40 hängige Beschwerden entschieden, davon 24 aus dem Berichtsjahr und 16 aus dem Vorjahr. Vier Beschwerden hat das Bundesgericht gutgeheissen.

Zwei Beschwerden gegen Entscheide über die Ablehnung der unentgeltlichen Prozessführung bzw. amtlichen Verteidigung hat das Bundesgericht gutgeheissen, weil es die Erfolgchancen einer Beschwerde gegen einen Widerruf einer ausländerrechtlichen Niederlassungsbewilligung sowie einer strafrechtlichen Berufung als intakt bzw. die Rechtsmittel als nicht geradezu aussichtslos betrachtete (Urteile 1B_306/2008 und 2C_230/2009). Sodann hiess das Bundesgericht eine Beschwerde gegen ein Urteil über die Bewilligung einer Mobilfunkantenne teilweise gut. Es erwog, im kantonalen Verfahren hätte Bestand und Ausmass der Versorgungslücke in der Mobilfunkabdeckung näher abgeklärt werden müssen. Die geplante Anlage beanspruche in erheblichem Umfang Nichtbauzonenland, weshalb die Standortgebundenheit nicht einfach unter Hinweis auf die bestehende bauliche Nutzung des Standorts hätte bejaht werden dürfen. Auch seien andere Standorte nicht geprüft worden. Die Sache wurde zur Neubeurteilung an die kantonalen Behörden zurückgewiesen. Das Bundesgericht qualifizierte aber die verfahrensrechtlichen Rügen der Beschwerdeführer als unbegründet und hielt fest, das Verwaltungsgericht habe die Publikation des Baugesuchs sowie die Gewährung der Akteneinsicht und des rechtlichen Gehörs zutreffend beurteilt (Urteil 1C_478/2008). In einem Urteil zu umstrittenen Einbürgerungen hielt das Bundesgericht fest (Urteil 1D_8/2008), dass das Verwaltungsgericht auf die Begehren der Beschwerdeführer um Überweisung ihrer Einbürgerungsgesuche zur direkten Behandlung an das Departement des Innern hätte eintreten müssen, obwohl die direkte Einbürgerung durch das Departement im Rahmen der Staatsaufsicht erfolgt, gegen die nach kantonalem Recht die Beschwerde nicht zulässig ist.

c) Zuständigkeiten/oberes kantonales Gericht

Nach dem kantonalen Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRP) entscheidet die Verwaltungsrekurskommission in den Bereichen Strassenverkehr, fürsorgerische Freiheitsentziehung und Zwangsmassnahmen im Ausländer-

recht als oberes Gericht (Art. 41bis, Art. 71a Abs. 1 und Art. 93ter Abs. 2 VRP). Nach diesen Bestimmungen können Entscheide der Verwaltungsrekurskommission in den genannten Sachgebieten direkt mit Beschwerde beim Bundesgericht angefochten werden. Das Bundesgericht hat nun entschieden, dass ein oberes Gericht im Sinne von Art. 86 Abs. 2 des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) nicht nur gesamtkantonal tätig sein muss, sondern dass es auch nicht hierarchisch einem anderen Gericht unterstellt sein darf und seine Entscheidungen auch in anderen Zuständigkeitsbereichen nicht noch mit einem kantonalen Rechtsmittel angefochten werden können (Urteil 1C_346/2009 vom 6. November 2009 mit Hinweis auf BGE 135 II 94). Diese Voraussetzungen treffen für die Verwaltungsrekurskommission nicht zu. Diese steht unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichts (Art. 43 lit. c GerG), und ein Teil ihrer Entscheide kann mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden (Art. 59 Abs. 1 VRP). Aufgrund der neuen Praxis des Bundesgerichts hat das Verwaltungsgericht auch Beschwerden gegen Entscheide der Verwaltungsrekurskommission in den Bereichen Strassenverkehr und Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zu behandeln. Es ist daher mit einem deutlichen Anstieg der Geschäftslast zu rechnen. Im Bereich der fürsorgerischen Freiheitsentziehung und der vormundschaftlichen Massnahmen gegen Erwachsene verhält es sich grundsätzlich gleich. Entscheide aus diesen Sachgebieten unterliegen indessen der Beschwerde in Zivilsachen. Für die Vorinstanzen in Zivilsachen müssen die Kantone bis zum Inkrafttreten der Schweizerischen Zivilprozessordnung (voraussichtlich am 1. Januar 2011) ihre Bestimmungen über die Anforderungen an obere Gerichte anpassen (Art. 130 Abs. 2 BGG).

Nach den vom Bundesgericht aufgestellten Grundsätzen ist auch das kantonale Versicherungsgericht nicht oberes Gericht im Sinn von Art. 86 Abs. 2 BGG. Es steht unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichts (Art. 43 lit. c GerG), und seine Entscheide in den Bereichen des kantonalen Sozialversicherungsrechts (z.B. Kinderzulagen, Alimentenbevorschussung, Prämienverbilligung) können an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden (Art. 59 Abs. 1 VRP). Die Entscheide des Versicherungsgerichts zum Sozialversicherungsrecht des Bundes sind aufgrund der Spezialbestimmungen von Art. 57 und 62 Abs. 1 ATSG unmittelbar beim Bundesgericht anfechtbar.

Das Verwaltungsgericht begrüsst die vom Kantonsrat überwiesene Motion der vorberatenden Kommission zur Überprüfung der Strukturen der Verwaltungsjustiz. Durch das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Bundesgerichtsgesetz – noch mehr aber durch die Rechtsprechung des Bundesgerichts zur Anwendung verschiedener Zuständigkeitsbestimmungen – wurde die Verwaltungsjustizorganisation im Kanton stärker betroffen, als angenommen werden musste. Die Überprüfung der Strukturen wird aufzeigen müssen, ob tatsächlich eine grundlegende Neuorganisation der auch heute noch im interkantonalen Vergleich sehr schlanken und effizienten Verwaltungsjustiz notwendig ist oder ob einzelne Anpassungen aufgrund der veränderten Umstände genügen.

d) Vollzug von Urteilen

Das Verwaltungsgericht hat im Berichtsjahr 2008 die Rechtspflegekommission des Kantonsrates auf mögliche Probleme beim Vollzug seiner Urteile hingewiesen. Anlass war ein im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehendes Gebäude (sog. Baumhaus in St. Gallen), welches nach einem rechtskräftigen Urteil geändert bzw. teilweise abgebrochen werden muss. Im Amtsbericht des Vorjahres wurde festgehalten, der Vollzug des Urteils sei über ein Jahr nach dem letztinstanzlichen Urteil noch nicht an die Hand genommen worden. Nach Ablauf eines weiteren Jahres muss festgestellt werden, dass der Vollzug immer noch nicht erfolgt ist. Es wurden verschiedene neue Verfahren anhängig gemacht, welche die Vollstreckung rechtlich nicht direkt berühren, sondern zum Teil zivilrechtliche Fragen betreffen, aber von den Behörden offenbar zum Anlass genommen werden, den Vollzug weiter hinauszuschieben.

e) Aufsicht über Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission

keine Bemerkungen

2. Versicherungsgericht

a) Personelles

Auf den 31. Dezember 2009 ist Dr.iur. Franz Schlauri nach 14-jähriger Tätigkeit am Versicherungsgericht in den Ruhestand getreten. Er hat als Abteilungspräsident die Rechtsprechung des Versicherungsgerichts, insbesondere im Bereich der Invalidenversicherung, stark mitgeprägt und weiterentwickelt. Als nebenamtlicher Dozent für Sozialversicherungsrecht an der Universität St.Gallen und Leiter unzähliger Weiterbildungsveranstaltungen hat er daneben viele wissenschaftliche Impulse zum schweizerischen Sozialversicherungsrecht gesetzt. Unsere besten Wünsche begleiten ihn in den Ruhestand. Als Nachfolgerin und neue vollamtliche Richterin hat der Kantonsrat lic.iur. Karin Huber-Studerus gewählt, die bereits seit September 1998 als teileamtliche Richterin und Stellvertreterin von Dr. Franz Schlauri als Abteilungs-Vizepräsidentin am Versicherungsgericht tätig war. Zur Überbrückung der personellen Lücke bis zur Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers von Karin Huber-Studerus als teileamtliche Richterin und Abteilungs-Vizepräsidentin hat die Regierung Dr.iur. Franz Schlauri für drei Monate als ausserordentlichen Ersatzrichter gewählt.

b) Geschäftslast

Die Neueingänge (856) sind im Vergleich mit dem Vorjahr (905) nochmals leicht

zurückgegangen. Zusammen mit den höheren Pendenzen am Jahresanfang ist die Gesamtbelastung (1596) nochmals um 3% (+ 47 Fälle) angestiegen. Die Neueingänge in der Arbeitslosenversicherung nahmen gegenüber dem Vorjahr zwar wieder um 33% zu, bewegen sich mit 113 Fällen aber immer noch auf relativ tiefem Niveau. Bei der Invalidenversicherung (-39 Fälle) und der Unfallversicherung (-21 Fälle) sind die Neueingänge erstmals seit der Abschaffung des Einspracheverfahrens in IV-Sachen wieder leicht zurück gegangen. Weiterhin entfallen auf diese beiden Rechtsgebiete aber über 70% der Gesamtbelastung des Gerichts. Die Zahl der Erledigungen (823) konnte gegenüber dem Vorjahr (809) nochmals leicht gesteigert werden (+ 1,7%). Trotzdem sind die Pendenzen per Ende des Berichtsjahres auf 773 Fälle (2008: 740 Fälle) weiter angestiegen, was mittlerweile wieder 93,8% der im abgelaufenen Jahr erledigten Fälle und damit einem Höchststand seit 1998 (127,9%) entspricht. Von diesen 773 am Jahresende pendenten Fällen waren 59 in Zirkulation oder bereits entschieden, aber noch nicht versandt, 383 Fälle waren spruchreif, d.h. bereit für Referaterstellung oder zum Referat zugeteilt, 294 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium und 37 Fälle waren sistiert. Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug in 62% (Vorjahr: 70%) der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 48% (Vorjahr: 58%) aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten, 34% (Vorjahr: 40%) innerhalb von 6 Monaten ab Einschreibung erledigt. Bei 18% der Fälle betrug die Verfahrensdauer mehr als 18 Monate.

Im Berichtsjahr wurden 96 Entscheide (11,7%) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 77 Beschwerden gegen Entscheide des Gerichts aus den Jahren 2008 und 2009 beurteilt. Davon wurden 36 abgewiesen (47%; Vorjahr 56%), 10 teilweise (13%; Vorjahr 6%) und 22 vollumfänglich (29%; Vorjahr 25%) gutgeheissen. 6 Beschwerden (7%; Vorjahr 10%) wurden durch Nichteintreten erledigt, 3 (4%; Vorjahr 4%) wurden zufolge Rückzugs abgeschrieben.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen Insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen *	Erledigungen	Pendenzen
AHV	11	21	32	9	7	0	16	16
Erwerbsersatzordnung	0	1	1	0	0	0	0	1
Familienzulagen	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinderzulagen	0	4	4	0	1	0	1	3
Alimentenbevorschussung	0	7	7	2	1	0	3	4
Mutterschaftsbeiträge	0	0	0	0	0	0	0	0
Opferhilfe	3	8	11	3	3	0	6	5
Arbeitslosenversicherung	46	113	159	37	51	0	88	71
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen nach FamZG	0	1	1	0	0	0	0	1
Invalidenversicherung (1/3)	182	163	345	106	61	0	167	178
Total Abteilung I	242	318	560	157	124	0	281	279
Invalidenversicherung (2/3)	304	321	625	201	110	0	311	314
Hilfsmittel AHV	0	2	2	0	0	0	0	2
Ergänzungsleistungen	39	50	89	40	16	0	56	33
a.o. Ergänzungsleistungen	1	0	1	0	1	0	1	0
Total Abteilung II	344	373	717	241	127	0	368	349
Krankenversicherung (Bund)	14	20	34	15	5	0	20	14
Krankenversicherung (Kanton)	2	7	9	4	1	0	5	4
Unfallversicherung	115	122	237	103	20	2	125	112
Militärversicherung	0	2	2	2	0	0	2	0
Berufliche Vorsorge	19	13	32	12	6	0	18	14
Total Abteilung III	150	164	314	136	32	2	170	144
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung) . .	4	1	5	3	1	0	4	1
Total	740	856	1596	537	284	2	823	773

* Verfahrensvereinigung u.ä.

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich	andere Erledigung
AHV	16	1	5	3	6	1	0	0	0
Erwerbsersatzordnung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinderzulagen	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Alimentenbevorschussung	3	0	0	1	1	1	0	0	0
Mutterschaftsbeiträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Opferhilfe	6	1	1	1	1	2	0	0	0
Arbeitslosenversicherung	88	4	13	20	36	15	0	0	0
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen nach FamZG	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Invalidenversicherung (1/3)	167	0	18	36	64	44	5	0	0
Total Abteilung I.	281	6	38	61	108	63	5	0	0
Invalidenversicherung (2/3)	311	4	36	77	89	95	10	0	0
Hilfsmittel AHV	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ergänzungsleistungen	56	0	7	23	20	6	0	0	0
a.o. Ergänzungsleistungen	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Total Abteilung II	368	4	43	100	109	102	10	0	0
Krankenversicherung (Bund)	20	2	2	2	11	3	0	0	0
Krankenversicherung (Kanton)	5	1	0	1	3	0	0	0	0
Unfallversicherung	125	1	11	21	70	14	6	0	2
Militärversicherung	2	0	2	0	0	0	0	0	0
Berufliche Vorsorge	18	0	4	3	5	2	0	4	0
Total Abteilung III.	170	4	19	27	89	19	6	4	2
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung).	4	0	0	2	1	1	0	0	0
Total	823	14	100	190	307	185	21	4	2

3. Verwaltungsrekurskommission

a) Organisatorisches

Seit dem 1. Juni 2009 ist der Kantonsrat Wahlorgan nicht nur der hauptamtlichen, sondern auch der nebenamtlichen Richterinnen und Richter sowie der Fachrichterinnen und Fachrichter der Verwaltungsrekurskommission (vgl. IV. Nachtrag vom 1. Juni 2008 zum Gerichtsgesetz, nGS 44-52).

b) Personelles

Auf das Ende des Berichtsjahres trat Verena Koller, St. Gallen, nach beinahe dreissigjähriger Tätigkeit als nebenamtliche Richterin zurück. An ihre Stelle wählte der Kantonsrat lic.iur. Martin Würmli, Rechtsanwalt, St. Gallen.

c) Geschäftslast

Zu den Ende 2008 in den Abteilungen I bis VI pendenten 232 (Vorjahr: 181) Fällen sind im Berichtsjahr 876 (947) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 323 (352) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 167 (187) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 184 (180) die fürsorgliche Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen und 166 (198) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 36 (30) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen, in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 128 (144) fachrichterliche Einvernahmen, 201 (205) Parteiverhandlungen sowie 8 (10) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 2 (10) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 102 (101) Sitzungen wurden 231 (191) Rekurse und Beschwerden sowie 65 (74) öffentlichrechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 9 (4) Gerichtsentscheide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 277 (329) Rekurse und Beschwerden und 112 (101) Klagen sowie 167 (197) Gesuche und Beschwerden im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 46 (24) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 861 (896) Fälle erledigt werden. Damit erhöhte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2009 gegenüber Ende 2008 um 15 auf 247 (232). Von den 247 Pendenzen wurden 239 im Jahr 2009 und 7 im Jahr 2008 eingeschrieben. Eine Streitsache wurde im Jahr 2007 eingeschrieben. 11 (14) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Verwaltungsrekurskommission – Übersicht über die im Jahre 2009 behandelten Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche

	Erledigung durch						
	Am 1. Jan. 2009 übernommen	Neu- eingänge 2009	Total	Gericht	Präsident	am 31. Dez. 2009 noch anhängig	Weiterzüge
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer.	116	238	354	119	101	134	16
2. Kammer.	29	85	114	33	50	31	3
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer.	5	10	15	9		6	8
2. Kammer.	1	15	16		10	6	2
3. Kammer.	6	9	15		10	5	
Abteilung III							
Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	2	2	4	3	1		
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	62	167	229	75	105	49	10
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	9	184	193	66	112	15	4
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	2	166	168		167	1	3
	232	876	1108	305	556	247	40

c) Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

					Gutheissung		
	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise	Rückweisung
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer.	220	103	2	67	13	30	5
2. Kammer.	83	48	9	7	11	1	7
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer.	9		2	5	2		
2. Kammer.	10	10					
3. Kammer.	10	10					
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	4	1		1	1	1	
Abteilung IV							
(Verkehr)	180	90	2	67	15	5	1
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	178	109	3	37	28		1
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	167	6		154	6	1	
Total	861	377	18	338	76	38	14

Die Dauer der Verfahren der 861 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheides, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	bis 3	bis 6	über 9	bis 12	über 12
Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche	424	148	93	92	89	15

40 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2009 bei den Rechtsmittelinstanzen (Verwaltungsgericht und Bundesgericht) angefochten. Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht 29 Beschwerden entschieden. 20 Beschwerden wurden abgewiesen bzw. durch Abschreibung oder Nichteintretensentscheid erledigt, während 3 Beschwerden ganz und 6 Beschwerden teilweise gutgeheissen wurden. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 9 Rechtsmittel beurteilt und durch Abweisungs- bzw. Nichteintretensentscheide oder Abschreibung erledigt.

St.Gallen, 22. Februar 2010

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Ulrich Cavelti